

AUFSÄTZE

Die Vision Europa Chancen, Scheitern und Perspektiven einer europäischen Verständigung in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der deutsch-französischen Katholikenkonferenz in Berlin 1929

Guido Hitze

Über Motive, Konzepte und Verlauf der europäischen Integration nach 1945 ist viel geschrieben worden. Auch die Beschäftigung mit der „Idee Europa“ in der Zwischenkriegszeit war und ist durchaus intensiv, die daraus resultierende Sekundärliteratur so umfangreich, dass es den hier zur Verfügung stehenden Platz sprengen würde, sie ausführlich zu besprechen. Dabei konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Forschung naheliegenderweise stark auf transnationale Bewegungen und Initiativen bzw. ihre Träger, so vor allem auf Sozialisten, Pazifisten, Kulturschaffende und (Links)-Intellektuelle¹, aber auch Industrielle und bürgerliche Europa-Enthusiasten wie die Gruppe um den österreichischen Grafen Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894–1972), den geistigen Vater der „Paneuropa-Bewegung“². Weit weniger in den Blick geriet ein anderes

-
- 1 Zu diesen Gruppen besonders Hans Manfred Bock: Weimarer Intellektuelle und das Projekt deutsch-französischer Gesellschaftsverflechtung, in: Themenportal Europäische Geschichte. Essay, <http://www.europa.clio-online.de> (12. April 2005). Vgl. ferner Ders.: Die Deutsch-Französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, in: Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 17 (1990) 3, S. 57–101 sowie Guido Müller: Deutsch-französische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund. Aachen 1997.
 - 2 Ziel dieser 1923 ins Leben gerufenen Bewegung war langfristig der politische Zusammenschluss Europas (unter Ausschluss der Sowjetunion), der zunächst über eine Zoll- und Wirtschaftsunion vorbereitet werden sollte. Weitere führende prominente Mitglieder der Paneuropa-Union waren der französische Politiker Edouard Herriot (1872–1957; 1924/25 sowie 1932 französischer Ministerpräsident, zwischen 1925 und 1936 mehrmals Minister), der deutsche Reichstagspräsident Paul Löbe (1875–1967) sowie der zeitweilige (1922–1924 sowie 1926–1929) österreichische Bundeskanzler und katholische Prälat Ignaz Seipel (1876–1932). Weitere Mitglieder der deutschen Sektion waren u. a. Wilhelm Heile, Erich Koch-Weser, Wilhelm Külz, Joseph Joos und Harry Graf Kessler. Zur „Paneuropa-Union“ und ihrem Gründer vgl. u. a. Richard Nikolaus von Coudenhove-Kalergi: Paneuropa. Wien u. a. 1923 bzw. Ders.: Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen. Köln u. a. 1966 sowie Rolf Italiaander: Richard Coudenhove-Kalergi. Begründer der Paneuropa-Bewegung. Freudenstadt 1969. Zur inneren Struktur der Bewegung, insbesondere der deutschen Sektion, vgl. u. a. Karl Holl: Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 219 (1974), S. 33–94.

politisches Spektrum, obgleich es in der historischen Perspektive mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr, zur Realisierung des europäischen Gedankens beigetragen hat als die schon genannten Beispiele. Gemeint sind die Christlichen Demokraten im Europa der 1920er Jahre, und hier speziell die europäischen Katholiken.³ Letzteres muss den kundigen Betrachter einigermaßen erstaunen, waren die großen Förderer und Wegbereiter der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg doch überwiegend überzeugte und praktizierende Söhne der katholischen Kirche, handelte es sich nun um Konrad Adenauer⁴, Robert Schuman oder Alcide De Gasperi, um nur die wichtigsten zu nennen⁵.

Insbesondere deutsche und französische Katholiken waren es, die ausgangs der 1920er Jahre über eine vertiefte Zusammenarbeit der beiden Nachbarn und traditionellen „Erbfeinde“ miteinander diskutierten. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die paneuropäische Euphorie bereits wieder im Nachlassen begriffen war und die Weltwirtschaftskrise schon ihre Schatten auf den Kontinent warf. Dennoch kamen sich die katholischen Deutschen und Franzosen im Dezember 1929 in Berlin nach durchaus heftigen Kontroversen und Schwierigkeiten gedanklich so nahe wie nie zuvor. Die zarten Pflanzen einer konstruktiven Verständigungspolitik, welche im Frühjahr 1930 auch in der französischen Öffentlichkeit langsam zu sprießen begannen, überlebten den weltpolitischen Klimasturz der frühen 1930er Jahre jedoch nicht. Dennoch trugen sie den Keim jenes europäischen Aufbruchs in sich, der zwanzig Jahre später zur Montanunion und zu den Römischen Verträgen, mithin zu den Anfängen der europäischen Integration führen sollte. Eine weitere konkrete Frucht jener gescheiterten Vorkriegsinitiativen stellt der Abschluss des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages im Januar 1963 dar. Über 50 Jahre nach Abschluss des Elysée-Vertrages, 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der europäischen „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, und 85 Jahre nach der Berliner Konferenz von 1929 ist es daher an der Zeit, an ein weitgehend unbekanntes, doch wichtiges Kapitel seiner Vorgeschichte zu erinnern.

Die Ursprünge christlich inspirierter europäischer Einigungsbestrebungen reichen zurück bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges. Im Jahre 1917 wurde in

3 Vgl. v. a. Winfried Becker/Rudolf Morsey (Hg.): *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert.* Köln u. a. 1988 sowie Jean-Dominique Durand: *L'Europe de la démocratie chrétienne: Identités politiques européennes.* Brüssel 1995. Außerdem Vanessa Conze: *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970).* München 2005.

4 Vgl. besonders Werner Weidenfeld: *Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers.* Bonn 1976, bzw. Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952.* Stuttgart 1986.

5 Vgl. auch Philippe Chenaux: *L'Europe des Catholiques. Principes et projets,* in: Michel Dumoulin (Hg.): *Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947.* Baden-Baden 1995, S. 199–213.

der neutralen Schweiz, genauer in Fribourg, die „Union catholique d'Etudes internationales“ (UCEI), zu deutsch die „Katholische Union für internationale Fragen“, gegründet. Sie ist dabei nicht zu verwechseln mit der „Internationalen Katholischen Union“, welche 1917 und 1918 ebenfalls in der Schweiz in Erscheinung trat und stark die Friedenspropaganda der Mittelmächte unterstützte.⁶ Die „Union catholique“, die ihre erste Generalversammlung im November 1920 in Paris abhielt und eigenständige nationale Untergruppen in insgesamt zehn europäischen Staaten, darunter Frankreich, Deutschland und Italien gründete, propagierte als ihre Hauptziele das „Studium internationaler Fragen im Lichte der katholischen Grundsätze und der katholischen Tradition“, den „Zusammenschluß katholischer Persönlichkeiten, die sich speziell mit dem Studium solcher Fragen befassen“, sowie die „Vertretung und Verteidigung katholischer Interessen in internationalen Kreisen beim Völkerbund und bei dessen verschiedenen Organen“. Die UCEI verfügte über ein eigenes Verbindungsbüro beim Völkerbund in Genf und berief zwei international besetzte Hauptkommissionen zu den Themen „katholische geistige Zusammenarbeit“ bzw. „katholische Minderheiten in Europa“. Ab Mitte der 1920er Jahre suchte die UCEI gezielt den Kontakt zur „Paneuropa-Bewegung“, ohne sich ihr jedoch anzuschließen. Nach ihren Vorstellungen sollte das katholische Bekenntnis – analog zum ebenfalls supranationalen Selbstverständnis der Sozialisten – das verbindende Medium bilden, durch das Menschen verschiedener Nationalitäten und Schichten zu einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein und Friedenswillen finden sollten.⁷ Sie hob sich mit diesem konfessionellen Ansatz bei gleicher Zielsetzung nicht nur von der Paneuropa-Bewegung, sondern auch von der etwa zeitgleich auf Initiative des katholischen italienischen Politikers Don Luigi Sturzo (1871–1959) entstandenen „Internationalen“ der christlich-demokratischen Parteien Europas ab. Als sich jene im Mai 1926 in Brüssel als „Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne“ (SIPDIC) konstituierte, fehlte in ihrem Namen das Attribut „katholisch“. Dies entsprach genau der Intention Don Sturzos, der ausdrücklich einen Zusammenschluss der christlich-demokratischen Parteien in Europa als christlich-ökumenisches Gegenmodell zur kommunistischen Internationale anstrebte und eben keine europäische „Zentrumspartei“ nach deutschem Vorbild mit der dieser anhaftenden gewissen konfessionellen Enge und klerikalen Attitüde. Dass die SIPDIC schließlich doch sehr stark von den katholischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Italiens dominiert werden sollte, lag

6 Zur „Internationalen Katholischen Union“ und ihrem Wirken in den Jahren 1917 und 1918 siehe auch die Erinnerungen von Matthias Erzberger: *Erlebnisse im Weltkrieg*. Stuttgart/Berlin 1920, S. 17f.

7 Vgl. Guido Hitzte: *Union catholique d'Etudes internationales (UCEI)*, in: Winfried Becker/Günter Buchstab/Anselm Doering-Manteuffel/Rudolf Morsey (Hg.): *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*. Paderborn u. a. 2002, S. 668f.

vor allem in dem simplen Umstand begründet, dass es auf protestantischer Seite europaweit kaum Neigungen gab, Parteien auf christlicher Basis zu gründen, geschweige denn sich überhaupt in nennenswertem Umfang supranational zu engagieren.⁸

Am 25. August 1926 wandte sich der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes und stellvertretende Vorsitzende der UCEI, Kuno Joerger, an den Vorsitzenden der oberschlesischen Zentrumsparlei und stellvertretenden außenpolitischen Sprecher der Reichstagsfraktion des Zentrums, Carl Ulitzka (1873–1953)⁹, mit der Bitte, auf der nächsten Generalversammlung seiner Organisation vom 4. bis 6. Oktober desselben Jahres in Wien einen Vortrag unter dem Arbeitstitel „Zusammenarbeit der Katholiken der verschiedenen Stände“ zu halten.¹⁰ Vom deutschen Zentrum hatten sich bis dahin u. a. Joseph Joos, Helene Weber und Heinrich Vockel an Sturzos christlich-demokratischer „Internationalen“ beteiligt, nicht jedoch die „Zentrumsprälaten“ Carl Ulitzka und Ludwig Kaas, letzterer immerhin erster außenpolitischer Sprecher der Zentrumsfraktion. Während dieser Umstand beim späteren Reichsparteivorsitzenden des Zentrums aus Trier nicht allzu überrascht, da die überkonfessionell, sozial, republikanisch und demokratisch ausgerichtete Programmatik des SIPDIC insgesamt kaum den politischen wie persönlichen Einstellungen von Kaas entsprach, verhält es sich im Falle des Ratiborer Prälaten anders. Gerade die Namen Joos, Weber und Vockel standen im Zentrum für eine politische Richtung, welcher auch der oberschlesische Zentrumsvorsitzende nahestand. Gleiches galt bezüglich des Hauptanliegens der christlich-demokratischen „Internationale“: der europäischen Verständigung.¹¹ Vielleicht lag es an dem Umstand, dass Ulitzka als Geistlicher in den Augen der Initiatoren des SIPDIC zu sehr das konfessionell-klerikale Moment betont hätte, der Ulitzka von einer eigenen aktiven Mitarbeit in dieser Vereinigung abhielt. Andererseits war es gerade der Faktor der Katholizität, den Ulitzka als Grundlage und Motor einer europäischen Einigung betrachtete und nicht so sehr ein Zusammenschluss le-

8 Zur SIPDIC vgl. Guido Hitze: *Secrétariat International des Partis Démocratique d'Inspiration Chrétienne (SIPDIC)*, ebd. S. 637f., sowie Alwin Hanschmidt: Eine christlich-demokratische „Internationale“ zwischen den Weltkriegen. Das „Secrétariat International des Partis Démocratique d'Inspiration Chrétienne in Paris“, in: Becker/Morsey: *Christliche Demokratie in Europa*, S. 153–188.

9 Zu Ulitzka Guido Hitze: *Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 40)*, Düsseldorf 2002.

10 Zum Inhalt des Vortrags ebd. S. 903–906.

11 In seiner großen außenpolitischen Rede vor dem Reichstag am 31. Januar 1928 würdigte Ulitzka ausdrücklich das Wirken von Sturzos „Internationalen“: „Dass der Friedensgedanke marschiert, das zu beobachten hatten wir Gelegenheit anlässlich der Tagung des Kongresses der Interparlamentarischen Union in Paris. Wir konnten dort zu unserer großen Freude und mit Genugtuung feststellen, wie sich die Stimmung des französischen Volkes uns gegenüber seit Versailles im besten Sinne geändert hat.“ Zitat ebd. S. 900f.

diglich politisch-ideologisch miteinander verwandter Parteien auf allgemein-christlicher Grundlage.

Zum Zeitpunkt der Wiener Generalversammlung der „Union catholique“ im Oktober 1926 hatte sich die politische Lage in Europa im Vergleich zu den unmittelbaren Nachkriegsjahren deutlich entspannt. Die Weimarer Republik war endlich in eine Phase politischer und ökonomischer, wenn auch fragiler Stabilität eingetreten; Deutschland und Frankreich begannen sich, vor allem aufgrund der persönlichen Initiativen ihrer Außenminister Stresemann und Briand, einander anzunähern; der Locarno-Pakt war unterzeichnet und Deutschland seit September 1926 Mitglied des Völkerbundes. Und schließlich war in vielen Staaten des Kontinents so etwas wie eine regelrechte „Europa-Begeisterung“ entstanden¹², die ihren markantesten Ausdruck in der Einberufung des ersten „Paneuropa-Kongresses“ fand, der vom 3. bis 6. Oktober 1926 in Wien tagte¹³. Die zeitliche und örtliche Parallelität zwischen dem Paneuropa-Kongress und der Vollversammlung der „Katholischen Union“ war keineswegs zufällig, sondern gewollt. Ausdrücklich wurden die Mitglieder der Union von ihrer Verbandsleitung aufgefordert, den Kongress mit seinen 2.000 Teilnehmern zu besuchen und dort Kontakte zu knüpfen. Daher fand der Auftritt Ulitzkas in Wien nicht nur in einer relativ entspannten Atmosphäre statt, die eine zwanglose Erörterung von Fragen einer künftigen internationalen Zusammenarbeit begünstigte, sondern er stand geradezu unter der ausgesprochenen Notwendigkeit, sich des großen Themas „Europa“ ausführlich anzunehmen.¹⁴

Das Grundscheema der Rede Ulitzkas, die dieser am 6. Oktober 1926 in Wien gehalten hat¹⁵, war dem Ratiborer Prälaten von den Organisatoren vorgegeben worden¹⁶. Das Generalthema der „Zusammenarbeit der Katholiken verschie-

12 Vgl. auch Conze: Das Europa der Deutschen, S. 27–33.

13 Zum Wiener „Paneuropa-Kongress“, auf dem auch Joseph Wirth zur deutschen Delegation gehörte, siehe u. a. Holl: Europapolitik, S. 67–69.

14 Zu der Wiener Generalversammlung der „Union catholique“ vgl. auch die Aufzeichnungen Hans Broermanns unter dem Stichwort „Internationale kath. Friedensarbeit“, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-396-5/2 (Nachlass Hans Broermann). In der Interpretation Broermanns stellte die Rede Ulitzkas ein Plädoyer für den Völkerbund und eine Aussöhnung zwischen den deutschen und polnischen Katholiken dar.

15 Der Text der Rede liegt sowohl in Form des von Ulitzka verfassten Manuskripts – ACDP 01-396-5/2 – als auch, allerdings in etwas gekürzter Form, in einer gedruckten Fassung vor: Carl Ulitzka: Christlicher Gemeinschaftsgeist, in: Reichspost (Wien) Nr. 801, 31. Oktober 1926, S. 19 (Sonntags-Beiblatt „Die Quelle“).

16 Nach ausdrücklichem Wunsch der Veranstalter sollte Ulitzka u. a. ausführen, „wie [...] der Friede und die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ständen und Berufsgruppen im Geiste des Solidarismus innerhalb des nationalen und internationalen Wirtschaftslebens gefördert und gestärkt werden kann. Insbesondere könnte hierbei Bezug genommen werden auf die Aussöhnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Konsumenten und Produzenten, zwischen Kopf- und Handarbeitern. Nur dann wird die Aussöhnung zwischen den Nationen erfolgreich und dauerhaft sein können, wenn auch der

dener Stände“ gab Ulitzka Gelegenheit, sich nicht allein auf außenpolitische Aspekte zu konzentrieren, sondern über grundsätzliche Ausführungen zum christlichen Menschenbild und Gesellschaftsverständnis auch die Entwicklungslinien einer zukünftigen internationalen, „paneuropäischen“ Kooperation der Völker Europas zu entwerfen. Im Grunde referierte Ulitzka am 6. Oktober 1926 in Wien die traditionelle theologische Lehrmeinung der Katholischen Kirche ebenso wie die ordnungs- und sozialpolitischen Vorstellungen weiter Teile des deutschen Katholizismus.

Den großen Leitgedanken Ulitzkas bildete die These vom „Regnum Christi“ in der säkularen Welt, die gerade unter dem Pontifikat Pius XI. (1857–1939) große Konjunktur hatte. Von entscheidender Bedeutung für den hier behandelten Zusammenhang ist der Umstand, dass Ulitzka das Königtum Christi vor allem in der Kirche verkörpert sah, die damit nicht nur zum Vollstrecker des göttlichen Heilswillens, sondern auch zur maßgeblichen integrativen und friedensstiftenden Kraft in dieser, der diesseitig-irdischen Welt werde. So sehr die Nation ob ihrer spezifischen Eigenwerte und ihres Eigenlebens unentbehrlich sei und ihre „Ehre und ihre Interessen wahren“ müsse, so dürfe doch „das nationale Streben nicht so weit überspannt werden, dass sich die Nationen gegeneinander abschließen oder gar haßerfüllt gegenüber stehen.“ Dennoch habe auch die Katholiken in der Vergangenheit ein „übertriebener Nationalismus an der Erfüllung der großen katholischen Aufgaben gehemmt. [...] Wäre die echte katholische Solidarität wirksam gewesen“, spielte Ulitzka deutlich auf den Ersten Weltkrieg an, „so wäre manches Unglück verhütet worden“.

Der oberschlesische Zentrumsvorsitzende thematisierte mit seinen Ausführungen bis dahin durchaus gängige Vorstellungen des katholischen Milieus. Die Katholiken sahen sich durch die Bindung an die *katholische*, das heißt im Wortsinn *universale* Kirche im Vorteil gegenüber dem Nationalkirchentum des Protestantismus und Anglikanismus bzw. der Orthodoxie. Aus diesem „Vorteil“ resultierte aber auch die moralische Verpflichtung, mit den gleichgesinnten Glaubensbrüdern der anderen Nationen *in* der einen, allumfassenden Kirche und *für* eine solidarische Welt zusammenarbeiten. In der Tat waren die Katholiken, neben den Sozialisten bzw. Kommunisten, als einzige relevante gesellschaftliche Gruppe weltanschaulich in jener Zeit nicht ausschließlich auf die Nation fixiert. Wo die einen allerdings in der Solidarität der Arbeiterklasse die ideologische Grundlage einer proletarischen „Internationalen“ fanden, sahen die anderen im „allgemeinen Königtum Christi“ und der Trägerin dieser Vorstellung, eben der katholischen Kirche, die Basis für supranationales Denken und Handeln. Es war vor diesem Hintergrund alles andere als ein Zufall,

solidarische Gedanke in den Beziehungen der einzelnen Stände zueinander im Rahmen des stets internationaler werdenden Wirtschaftslebens eine ständige Mehrung und Festigung erfährt.“ Joerges an Ulitzka vom 31. August 1926. Vgl. Hitze: Ulitzka, S. 903.

dass in der Gesellschaft des kaiserlichen Deutschland für Katholiken wie Sozialisten gleichermaßen das diskriminierende Diktum von den „vaterlandslosen Gesellen“ gegolten hatte und beide Gruppen als potentielle oder tatsächliche „Reichsfeinde“ diffamiert worden waren. Nur hatten sich Katholiken und Sozialisten in ihrer supranationalen Einstellung nach dem Ersten Weltkrieg durchaus noch weiter voneinander entfernt, als es im Kaiserreich bereits tatsächlich der Fall gewesen war.¹⁷ In den zwanziger Jahren waren die Sozialisten, wie Ulitzka in Wien anmerkte, als „Gegner unserer Weltanschauung“ den Katholiken beim Aufbau einer „Internationalen“ schon „längst voraus“.

Von Ulitzka nicht ausdrücklich erwähnt, aber dennoch integrativer Bestandteil der von ihm vorgestellten katholischen Konzeption einer supranationalen Zusammenarbeit war der Begriff des „Abendlandes“.¹⁸ Der Bonner Romanist Hermann Platz (1880–1945)¹⁹ griff den Topos vom „christlichen Abendland“ auf und füllte ihn dergestalt, dass er die „Formkraft des Christentums wie die aus der gemeinsamen christlichen Überlieferung herrührende geistige Gemeinsamkeit der Völker Europas“ herausstellte²⁰. In der von Platz vom Jahre 1926 an mitherausgegebenen Zeitschrift „Abendland“²¹ schuf sich der zur supranationalen Öffnung bereite Teil des deutschen Katholizismus ein Forum, das sich, wie schon der Untertitel der Zeitschrift „für europäische Kultur, Politik und Wirtschaft“ verdeutlicht, mit aller Kraft für eine internationale Verständigung, insbesondere die Versöhnung mit Frankreich, einsetzte²². Die Wiener Rede Ulitzkas lag mit ihren Kernaussagen daher präzise im geistigen Trend einer bedeutsamen geistig-intellektuellen Strömung im deutschen Katholizismus²³ und sie wurde gehalten in einem allgemeinen Aufbruchsklima, das gekennzeichnet war durch die Forderungen nach Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Die Frage aber blieb, wie solche hehren Ziele und konkret eine damit verbundene umfassende europäische Zusammenarbeit in der noch immer äußerst komplizierten Gegenwart verwirklicht werden konnten.

17 Siehe hierzu auch ausführlich Reinhard Richter: Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik. Münster 2000. Besonders Kap. A. II. „Der Katholizismus im Kontext nationalen Denkens“, S. 21–29.

18 Zu Vorstellungen und Personen der „Abendländischen Bewegung“ innerhalb des deutschen Katholizismus in der Weimarer Republik, deren Spektrum von linkskatholischen und gemäßigt-konservativen Positionen bis zu dezidiert rechtsnationalen Vertretern der „Reichsidee“ reichte, ausführlich Conze: Das Europa der Deutschen, S. 25–110. Zur „Reichsidee“ auch grundlegend Klaus Breuning: Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur 1929–1934. München 1969.

19 Zu Platz siehe u. a. Vincent Berning (Hg.): Hermann Platz (1880–1945). Eine Gedenkschrift. Düsseldorf 1980.

20 Heinz Hürten: Deutsche Katholiken 1918–1945. Paderborn u. a. 1992, S. 151. Vgl. ferner Ders.: Kurze Geschichte des politischen Katholizismus 1800–1960. Mainz 1986.

21 Zum „Abendland“ ausführlich zuletzt Conze: Das Europa der Deutschen, S. 27–33.

22 Hürten: Deutsche Katholiken, S. 151.

23 Vgl. Conze: Das Europa der Deutschen, S. 33–38.

Carl Ulitzka formulierte diese Frage in Wien in seinen Worten: „Wie verschaffen wir der Herrschaft Christi, mit anderen Worten den katholischen Grundsätzen [...] Eingang und Einfluss und wie wirken wir auf diese Weise mit zur Verständigung und Versöhnung der Nationen untereinander und wie bringen wir sie zusammen zur gemeinsamen Arbeit an der Erfüllung der grossen Menschheitsaufgaben?“ Die Antwort fand Ulitzka in den Grundsätzen der katholischen Gesellschaftslehre: Subsidiarität und Solidarismus. Das neue Europa könne nicht von „oben“, von den Staatsmännern aus gebaut werden; dieser Aufbau müsse von der Basis und stufenweise erfolgen: über den Einzelnen hin zur Gemeinschaft und von der Nation hin zum Zusammenschluss der Nationen bei der Wahrung der Eigenheiten einer jeden einzelnen.

Ein wichtiges Element auf dem Weg hin zu einer subsidiär aufgebauten Gesellschaft, die wiederum die Grundlage für eine Einigung Europas bilden sollte, waren für Ulitzka die Stände.²⁴ In diesem Ansatz steckte ein gehöriges Maß an Modernismuskritik im Sinne einer Brandmarkung der Auswüchse der anonymen Massengesellschaft, in welcher der Einzelne der Gefahr der Vereinsamung bei gleichzeitigem Aufgehen in eben der gesellschaftlichen Masse ausgesetzt ist und seine personale Würde zu verlieren droht. Eine solche kritische Sicht der modernen Gesellschaft war im deutschen Katholizismus der Weimarer Republik weit verbreitet und diente den rechtskonservativen Protagonisten im Zentrum um Franz von Papen (1879–1969)²⁵ oder Nikolaus Graf Ballestrem (1900–1945)²⁶ als Begründung ihrer entschiedenen Ablehnung des „Parteienstaates“ und der demokratischen, republikanischen Staatsordnung. Doch wo der Ständegedanke eines Franz von Papen eine fundamentale Absage an die moderne Gesellschaft im allgemeinen und den Parlamentarismus im besonderen bedeutete und zumindest halbfeudale Züge aufwies²⁷, entsprach das von Ulitzka in Wien vorgestellte Ständemodell in Übereinstimmung mit Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning sowie anderen Denkern der moder-

24 Menschen gleicher Berufe, also vergleichbarer „Leistungskategorien“, sollten sich nach dem von Ulitzka in Wien vorgestellten Ständemodell zu Interessenverbänden zusammenschließen, wie dies in Deutschland ansatzweise bereits in Form des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Katholischen Arbeitervereine, des Katholischen Frauenbundes und des Katholischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes geschehen war.

25 Zu Papen siehe u. a. Rudolf Morsey: Franz von Papen (1879–1969), in: Ders. (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 2. Mainz 1975, S. 75–87 sowie Joachim Petzold: Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis. München u. a. 1995.

26 Zu Nikolaus Graf Ballestrem und seiner Rolle im deutschen Rechtskatholizismus der Zwischenkriegszeit siehe jüngst Guido Hitze: Nikolaus Graf Ballestrem (1900–1945), in: Joachim Bahlcke: Schlesische Lebensbilder XI. Insingen 2012, S. 531–547.

27 Siehe hierzu sowie den Affinitäten dieses Ständemodells zu der Ständeideologie des italienischen Faschismus Hürten: Deutsche Katholiken, S. 154.

nen katholischen Soziallehre eher einer *Stärkung* der Demokratie²⁸. Mit den subsidiär angelegten ständischen Verbänden und Vereinigungen war zweifellos eine Entlastung der Parteien und Parlamente verbunden, welche in einer Gesellschaft ohne festverwurzelte demokratische Traditionen ansonsten die einzigen Träger des demokratischen Prinzips darstellten. Ulitzka war aber auch klar, dass der angestrebte Aufbau und Zusammenschluss der katholischen ständischen Vereinigungen auf europäischer Ebene ohne eine Berücksichtigung der Erziehung der jungen Generation und vor allem der Sozialen Frage ein Torso bleiben musste. So forderte er in Wien die Förderung eines transnationalen Zusammenschlusses der „katholischen Jugend“ ebenso wie denjenigen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Bereich der Wirtschaft. Der im letztgenannten Punkt durchschimmernde Gedanke des *Solidarismus*, mit seinen beiden Grundpfeilern *Solidarität* und *Verantwortung* eine der wesentlichen Voraussetzungen des Prinzips der Tarifautonomie, wird bei Ulitzka angesichts einer zunehmenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens zur Grundlage einer transnationalen Kooperation auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet und damit auch zur Voraussetzung einer dauerhaften europäischen Verständigung.

Ausgehend von den Integrationshilfen, die Ulitzka im gemeinsamen (katholischen) Glauben und insbesondere im „Regnum Christi“, in der universalen Kirche, in den ständischen Vereinigungen und schließlich im ökonomischen und sozialen Solidarismus erblickte, sah er in Wien Chance und Verpflichtung zugleich für die Katholiken Europas, zur Verständigung und Zusammenarbeit auf dem Kontinent beizutragen, was insbesondere auch die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses einschloss: „Dieser angedeutete Zusammenschluß der christlichen Welt gibt auch am ehesten die Gewähr für die Verständigung und Versöhnung der Völker.[...] Dies gilt am stärksten für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. In der Versöhnung dieser beiden Völker liegt heute, man darf wohl so sagen, der Schlüssel zur Befriedung Europas.“ Niemand sei „zur Lösung dieser Frage mehr befähigt und berufen als wir Katholiken.“ Die Zeit sei nun da, „dass wir die friedensbringende Kraft des Katholizismus zum Segen der Menschheit zur Auswirkung bringen.“

28 In diesem Zusammenhang verweist Heinz Hürten auf die fünfte Auflage von Herders Staatslexikon: „So wird hier die Staatsform der Demokratie allen Mängeln zum Trotz doch als die bestmögliche dargestellt. Die von den Kritikern der Weimarer Verfassung vertretene Auffassung, dass der Satz: ‚Die Staatsgewalt geht vom Volke aus‘, theologisch nicht zu vertreten sei, wird ausdrücklich abgelehnt. ‚Die republikanische Idee der lebendigen Volksgemeinschaft ist vielmehr ein Antrieb zur Entfaltung aller echten Sozialgesinnung.‘ Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang hervorgehoben, dass die Kirche in Deutschland niemals günstigere Existenzbedingungen besessen habe als unter der Republik. Die Mängel, die in der republikanischen Regierungsweise zutage traten, waren nach der Meinung des Artikels in moralischen oder intellektuellen Defiziten begründet und stellten eine Herausforderung für die politische Bildung dar.“ Ebd., S. 154f.

Gelegenheit, diese Zusammenhänge erneut und vertiefend zu erörtern, fand Carl Ulitzka, seit Dezember 1928 erster außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Reichstag²⁹, Ende des Jahres 1929 anlässlich der zweiten großen Zusammenkunft führender Köpfe des deutschen und französischen Katholizismus in Berlin, nachdem eine erste solche Konferenz 1928 in Paris stattgefunden hatte.

Die Berliner Katholikenkonferenz am 20. und 21. Dezember 1929 fand in einer Zeit des Umbruchs statt, die den ganzen Kontinent erfasst hatte und sowohl durch den plötzlichen Tod Gustav Stresemanns wie auch durch den „Schwarzen Freitag“ in New York im Oktober 1929 beredt illustriert wurde. Aber auch der Sturz des letzten Kabinetts Briand am 22. Oktober 1929 und die danach einsetzende Verschärfung des außenpolitischen Kurses Frankreichs gegenüber Deutschland unter dem neuen französischen Ministerpräsidenten André Tardieu³⁰ sowie der unmittelbar bevorstehende Volksentscheid über den Young-Plan in Deutschland waren untrügliche Anzeichen dafür, dass die Atmosphäre in Europa wieder anfang, frostiger zu werden, obwohl die beiden kongenialen Partner Aristide Briand und Gustav Stresemann gerade erst im Juni 1929 gemeinsam die Skizze eines ökonomisch und politisch geeinten Europa als wirtschaftliches Gegengewicht zu den USA entwickelt hatten³¹. Einzelne Probleme formten sich allmählich zu drohenden Gewitterwolken, und von dem Enthusiasmus, welcher den Europagedanken im Oktober 1926 in Wien noch so beflügelt hatte, war nur noch wenig übriggeblieben.³² Den Teilnehmern der vorweihnachtlichen Tagung in Berlin war all dies in seiner ganzen Tragweite noch nicht bewusst, aber sie ahnten doch, dass die bevorstehende Jahreswende 1929/30 mehr darstellte als nur den Übergang in ein neues Jahrzehnt: Europa stand vor einem bedeutenden Wendepunkt in seiner jüngeren Geschichte! Der Initiator der Berliner Zusammenkunft, der gebürtige Elsässer, Sozialpolitiker und, wenn man so will, Parteideologe des Zentrums³³, Joseph Joos (1878–1965)³⁴, bemerkte hierzu in seinen Erinnerungen: „Der Zufall

29 Ulitzka hatte diese Funktion von seinem Fraktionskollegen Kaas übernommen, nachdem jener im Dezember 1928 auf dem Kölner Parteitag zum neuen Reichsparteivorsitzenden des Zentrums in der Nachfolge von Wilhelm Marx gewählt worden war.

30 Vgl. Franz Knipping: Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise. München 1987, S. 95. Briand blieb zwar Außenminister, wurde in seinen Handlungsspielräumen jedoch erheblich eingeschränkt und ausdrücklich der Kabinettsdisziplin unterworfen.

31 Siehe auch Conan Fischer: Europe between Democracy and Dictatorship 1900–1945. Chichester 2011, S. 178.

32 Siehe bei Knipping: Locarno-Ära, das Kapitel IV: „Die Verschärfung der Gegensätze im Winter 1929/30 (Oktober 1929–März 1930)“, S. 94–140.

33 Vgl. Joseph Joos: Die politische Ideenwelt des Zentrums. Karlsruhe 1928.

34 Zu Joos siehe Oswald Wachtling: Joseph Joos. Journalist – Arbeiterführer – Parlamentarier. Eine politische Biographie 1878–1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 16). Mainz 1974. Wachtling übergeht in seiner Biographie allerdings das

wollte es, dass die Berliner Konferenz in die zweite Hälfte des Dezember 1929 fiel (20. und 21. Dezember) und damit in eine hochpolitische Zeitperiode. Das war gut und gefährlich zugleich. Auf beiden Seiten begriff man, dass die Stunde ernst und entscheidungsschwer war. So nur ist die Zusammensetzung der beiderseitigen Delegationen zu erklären, die im wesentlichen politischer war, als bei der Pariser Konferenz 1928.³⁵ Jene hatte, wie Joos berichtet, ihren Ursprung in dem Bemühen französischer Christdemokraten gehabt, verständigungspolitische Kontakte auch und gerade nach Deutschland und hier konkret zur Zentrumsparterie zu knüpfen.³⁶

Joos war Europa, insbesondere die deutsch-französische Aussöhnung, aufgrund seiner Herkunft und eines universal angelegten christlichen Ethos ein Herzensanliegen.³⁷ Er führte daher die führenden katholischen Repräsentanten beider Nachbarvölker aus Staat, Politik, Wirtschaft und Publizistik zu einem kritischen, aber freundschaftlich gehaltenen Dialog zusammen. So betonte Joos als Leiter der deutschen Delegation in Berlin in seiner Begrüßungsansprache: „Wir tagen nicht als Vertreter von Regierungen und Parteien, wir sind hier als Katholiken, als Söhne und Töchter unserer gemeinsamen Mutter Kirche, als Angehörige jener Weltkirche, die nicht haltmacht an den Grenzpfählen der Länder, der Kirche, die alle Rassen und alle Nationen in sich schließt, alle anerkennt, und doch wieder über alle hinausgreift. Wenn es einen geistigen Mutterboden gibt, in dem wir alle wurzeln, einen geistigen Raum, in dem wir stehen und in dem unsere Sprachen verständlich werden können, so ist es unsere katholische Glaubenswelt. [...] Unser Herrgott hat uns in verschiedenen We-

außen- und europapolitische Engagement des Zentrumspolitikers völlig und beschränkt sich nahezu ausschließlich auf dessen innen-, sozial- und parteipolitisches Wirken.

35 Josef Joos: *Am Räderwerk der Zeit. Erinnerungen aus der katholischen und sozialen Bewegung und Politik.* Augsburg o. J. [1951], S. 127.

36 „Als [...] französische christlich-demokratische Politiker ihre internationalen Beziehungen auch auf die deutsche Zentrumsparterie ausdehnten und französische Katholiken bald danach sich entschlossen, ihren Glaubensbrüdern jenseits der Ostgrenze die Hand hinüberzureichen, habe ich nicht einen Augenblick gezögert, kräftig einzuschlagen.“ Zitat ebd., S. 125. Zum Charakter und Verlauf der Konferenz berichtet Joos rückblickend: „Die Pariser Tagung war überraschend gut besucht. Neben alten Freunden sah man erstmals Katholiken, die nicht etwa links oder in der Mitte, sondern rechts standen und als Männer mehr oder weniger ausgeprägter nationalistischer Färbung galten.[...] Paris 1928 war ein Versuch, eine Vorstufe, eine Etappe. Weil diese Pariser Konferenz glückte, war die nachfolgende in Berlin möglich.“ Ebd., S. 127. Die Zusammenkünfte deutscher und französischer Katholiken in den Jahren 1928 und 1929 stehen in keinem Zusammenhang mit den deutsch-französischen Parlamentarierkonferenzen, die 1913 und 1914 in der Schweiz (Bern und Basel) stattfanden und deutlich von den sozialistischen Parteien dominiert wurden. Vertreter des Zentrums jedenfalls haben an den damaligen Tagungen, die ganz im Zeichen von Abrüstung und Verständigung standen, nicht teilgenommen. Vgl. Klaus Wilsberg: „Terrible ami – aimable ennemi“. Kooperation und Konflikt in den deutsch-französischen Beziehungen 1911–1914. Bonn 1998, S. 317–324.

37 Joos: *Räderwerk*, S. 125.

sensarten des nationalen Charakters wachsen lassen. Aber er hat uns gleichzeitig Anlagen und Gaben geschenkt, auf dass wir uns gegenseitig ergänzen und, das Werk der Menschheit bereichernd, zusammenwirken.“³⁸ Primäres Ziel der Zusammenkunft, die in der Deutschen Gesellschaft auf der Schadowstraße unweit des Bahnhofs Friedrichstraße stattfand, war dann auch nicht die Erzielung völliger Übereinstimmung in allen strittigen Fragen des deutsch-französischen Verhältnisses, sondern zunächst einmal überhaupt die offene Darlegung der jeweiligen Standpunkte. Dabei existierte weder zwischen beiden Delegationen noch innerhalb der einzelnen nationalen Gruppen eine unbedingte politische Kohärenz. So gehörten zur deutschen Delegation Vertreter aller im Zentrum vorhandenen politischen Strömungen, was sich in Namen wie Heinrich Brüning, Hans Broermann, Andreas Hermes, Joseph Joos, Erich Klausener, Heinrich Krone, Wilhelm Marx, Franz von Papen³⁹, Hans Graf Praschma, Adam Stegerwald, Carl Spiecker, Christine Teusch, Carl Ulitzka, Heinrich Vockel oder Joseph Wirth niederschlägt⁴⁰.

Nach Einführungsvorträgen des Bonner Romanistik-Professors Hermann Platz und des französischen Jesuitenpaters Pierre Delattre-Enghin über „Charakter und Denkweisen der Franzosen und Deutschen“ bildeten die politischen Hauptreferate über „Aktuelle Schwierigkeiten der deutsch-französischen Annäherung und Möglichkeiten einer gemeinsamen Aktion“ den eigentlichen Höhe- und Schwerpunkt der Berliner Tagung. Referenten waren auf französischer Seite der Publizist und spätere Botschafter Frankreichs beim Vatikan,

38 Zitat ebd., S. 128.

39 Die Teilnahme des Zentrumsaußenseiters von Papen überrascht tatsächlich. Allerdings verweist sein Biograph Joachim Petzold auf die keineswegs prinzipiell antifranzösische Einstellung des westfälischen Parteirechtsaußen: „Der in Westfalen und schließlich im Saarland beheimatete Papen ordnete [...] in gedanklicher Übereinstimmung mit dem Vatikan zur damaligen Zeit seinen Antikommunismus allen anderen Erwägungen über und trat für eine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich ein, um zu einer antisowjetischen Blockbildung zu kommen.“ Petzold, S. 40. Indes hat Papen, der von Joos persönlich zur Teilnahme an beiden Konferenzen eingeladen wurde, offensichtlich seine Bedeutung auf diesen Zusammenkünften stark übertrieben: „Es ist wahr“, berichtet Joseph Joos, „dass ich ihn [Papen] zur Teilnahme an den französisch-deutschen Katholiken-Konferenzen ermutigt habe. Aber es ist un wahr, dass Papen in diesen Konferenzen als Beauftragter der deutschen Katholiken fungierte. [...] Die deutsche Zentrumspar tei würde ihn nicht dazu beauftragt haben, und sie, nicht ‚der Katholizismus‘, beschickte diese Konferenzen. Papen hat an der Pariser sowie an der Berliner Besprechung der französischen und deutschen Katholiken teilgenommen als einer von vielen; er hatte darin kein besonderes Mandat.“ Joos: Räderwerk, S. 115f.

40 Vgl. die Teilnehmerliste der deutschen Delegation, in: ACDP 01-396-5/2. Prälat Ludwig Kaas, Parteivorsitzender des Zentrums, war in Berlin nicht anwesend, da er den kurz zuvor in den Vatikan zurückgekehrten bisherigen Apostolischen Nuntius in Deutschland, Eugenio Pacelli, auf seiner Reise nach Rom begleitete.

Wladimir Graf d'Ormesson⁴¹, und deutscherseits der außenpolitische Sprecher der Zentrumsfraktion im Reichstag, Carl Ulitzka⁴².

Graf d'Ormesson hatte im Jahr zuvor mit seinem auch in Deutschland veröffentlichten Buch „La Confiance de l'Allemagne?“ für Aufsehen gesorgt⁴³ und galt als gemäßigter Konservativer, der illusionslos und nüchtern für eine deutsch-französische Verständigung warb und deren Ausgangspunkt in einer Verknüpfung von Abrüstungs- und Reparationsfrage erblickte⁴⁴. Entsprechend argumentierte der französische Graf in Berlin elastisch, pragmatisch, am Erfolg einer Politik der „kleinen Schritte“ interessiert. Einleitend bemerkte d'Ormesson u. a.: „Sie sind ein Deutscher. Ich bin Franzose. [...] Wenn wir bloß unsere nationalen Standpunkte analysieren würden, kämen wir vielleicht dahin, einen berechtigten Antagonismus anzuerkennen. Und dennoch ist uns der deutsch-französische Gegensatz im ganzen betrachtet ein Grauen. Wir wissen nämlich, wohin er uns gestern geführt hat, und wohin er uns morgen führen

41 Wladimir Olivier Marie François-de-Paule Lefèvre d'Ormesson entstammte einer alteingesessenen einflussreichen französischen Adelsfamilie und wurde als Diplomatensohn am 2. August 1888 in Sankt Petersburg geboren und verbrachte Kindheit und Jugend überwiegend in Russland, Italien und Griechenland. Nach dem in Paris abgelegten Abitur studierte er an der Ecole des Sciences politiques in Paris Rechtswissenschaften und arbeitete anschließend als Journalist. Den Ersten Weltkrieg erlebte d'Ormesson als Frontsoldat, wobei er 1916 in den Vogesen schwer verwundet wurde. In der Zwischenkriegszeit arbeitete er als außenpolitischer Redakteur zunächst bei der „Temps“, anschließend beim konservativen „Figaro“, ehe er in den diplomatischen Dienst eintrat und 1940 zum französischen Botschafter beim Heiligen Stuhl ernannt wurde. Im Jahre 1941 durch die Vichy-Regierung seiner Ämter enthoben, tauchte d'Ormesson unter und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nach der Befreiung Frankreichs wurde er abermals zum Botschafter ernannt, zuerst ab 1946 in Argentinien und dann von 1948 bis 1956 erneut beim Heiligen Stuhl. Graf d'Ormesson starb am 15. März 1973 auf dem Stammsitz seiner Familie, dem Château d'Ormesson.

42 Siehe das „Programm einer Zusammenkunft französischer und deutscher Katholiken am Freitag, den 20., und Sonnabend, den 21. Dezember 1929, in Berlin“, in: Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK), Nachlass Marx, Nr. 117 („Dt.-frz. Katholikenkonferenz 1929“), Bl. 146, sowie Joos: Räderwerk, S. 129.

43 Deutsche Ausgabe „Vertrauen zu Deutschland?“. Berlin 1929.

44 Carl von Ossietzkys „Weltbühne“ schrieb im Oktober 1931 über den Grafen: „Wladimir d'Ormesson, der in Frankreich viel für eine gemäßigtere Beurteilung Deutschlands getan hat, ist keiner von den Linken ..., auch kein Partisan der Liga für Menschenrechte. [...] Dieser Franzose ist ein vorsichtiger Mann, der nicht gleich mit allem und jedem fraternisiert, es muss hübsch langsam gehen, nur nicht zuviel auf einmal. D'Ormesson ist kein Kosmopolit, kein Radikaler, sondern ein Mann der großen Bourgeoisie; er glaubt felsenfest an die bestehende Weltordnung und ihre Wirtschaftsmächte, unterscheidet sich allerdings von anderen seiner Schicht dadurch, dass er Krieg und Völkermorden nicht als einen wünschenswerten Zustand preist und Ausgleich schon unter den heutigen Verhältnissen für möglich hält. Kein kühner, aber ein nüchterner Kopf, den man nicht mit den paneuropäischen Zuckerbäckern vergleichen kann. [...] Niemals ist den Teutonen von einem Welchen die Friedenspfeife diplomatischer überreicht worden.“ Zitate in „D'Ormessons Vorschlag“ in: Die Weltbühne, 10. Februar 1931.

könnte.⁴⁴⁵ Ausgehend von der Prämisse, dass der Versailler Vertrag, bei aller gegen ihn vorgebrachten Kritik, die unerlässliche Basis für die Ordnung des europäischen Staatensystems und daher auch für die Austarierung der nationalen Interessen der verschiedenen Länder bilde⁴⁶, entwickelt d'Ormesson folgendes langfristiges, auf das Prinzip der *Evolution* statt der *Revision* bauendes Zukunftsszenario: „Wir leben [...] in einer Übergangszeit. Der Übergang führt von den rein politischen zu wirtschaftspolitischen Auffassungen, von den individualistischen zu den nationalisierenden Auffassungen, von der Schutzzollpolitik zu der organisierten Produktion, von der Bündnis- und Gleichgewichtspolitik zu der Politik regionaler Einheiten als Vorbilder grösserer Gebilde, vom starren Souveränitätsrecht zum Minoritätensystem des Volksrechts, vom Dogma der Grenzen als einer chinesischen Mauer zur Relativität der Grenzlinien, die der Mensch so leicht mit dem Flugzeug überquert, von den diplomatischen Methoden einer Prestige- und Machtpolitik, welche das Argument des Krieges nicht verschmäht, zu den neuen Methoden einer Diplomatie, die sich auf die Schiedsgerichtsbarkeit stützt und den Krieg als Mittel ausschließt, von der Auffassung der Sicherheit durch die Rüstungen zu der Auffassung der Sicher-

45 Weiter führte der Redner hierzu aus: „Frankreich nach dem 70er Krieg, Deutschland nach dem Weltkrieg haben sich mit herrlichem Aufschwung von ihrer Niederlage erholt. [...] Vor fünfzig Jahren hat das besiegte Frankreich den deutschen Sieger erstaunt. Heute staunt Frankreich beim Anblick des besiegten Deutschland. Vom Verb ‚erstaunen‘ zum Verb ‚beunruhigen‘ führt ein bloßes Abgleiten, das sich aber beim Sieger unfehlbar vollzieht. Gibt es einen besseren Beweis für die unsinnige Ziellosigkeit der Kriege?“

46 Genau an diesem Punkt hatte der französische Kammerabgeordnete Abbé Desgranges in Reaktion auf die Pariser Konferenz deutscher und französischer Katholiken im Jahre 1928 in einem Artikel in der katholischen, nationalistisch-monarchistischen Pariser Zeitung „La Croix“ am 8. Januar 1929 in der Hauptsache seine Kritik an dem in seinen Augen durchaus zweifelhaften „Friedenswillen“ der deutschen Katholiken festgemacht: Desgranges räumte dabei bereitwillig ein, dass seine deutschen Glaubensbrüder sich durch den Locarno-Pakt politisch gebunden fühlten und bei der Regelung der umstrittenen Ostfragen den Krieg keinesfalls als erlaubtes Mittel betrachteten. Dennoch erschienen den deutschen Katholiken die Friedensverträge „nicht wie uns als Pfeiler einer neuen, gerechteren Ordnung. Sie bringen ihnen nicht dieselbe aufrichtige Achtung entgegen. Sie betrachten die Friedensverträge als eine Gewaltlösung voller Ungerechtigkeit, als deren Opfer sie sich ausgeben und was schwerer wiegt, auch fühlen. Sie halten daher jede diplomatische Aktion, jede Propaganda, jede Polemik, jeden Schritt, der den einen oder den anderen Teil des europäischen Nachkriegsgebäudes zu erschüttern strebt, für selbstverständlich, erlaubt und verdienstvoll.“ Zum Beleg für seine Ausführungen zitierte Desgranges revisionspolitische Äußerungen der Zentrumsprälaten Kaas und Ulitzka Oberschlesien und den Weichselkorridor betreffend, die ihm vollkommen unverständlich seien, da ja die Teilung Oberschlesiens durch eine Volksabstimmung herbeigeführt worden sei und der Korridor eine polnische Bevölkerung aufweise. Einerseits seien die deutschen Katholiken fest entschlossen, einen neuen Krieg zu vermeiden, andererseits stellten sie Wiedergutmachungsansprüche auf, die den Krieg unvermeidlich machten. Dies sei „beunruhigend und unlogisch“. Zitiert nach dem Bericht „Der Friedenswille der deutschen Katholiken – und wie ihn das katholische Frankreich beurteilt“, in: Neue Pfälzische Landeszeitung, Nr. 9, 11. Januar 1929.

heit durch den Pakt. Im ganzen [...] leben wir in der Übergangsperiode vom internationalen Statut der Gesellschaften des alten Regimes zum internationalen Statut der Demokratien. [...] Scheinen Ihnen etwa die Probleme, die die Gesetzgebung über die Produktion, den Konsum, den Güteraustausch, ferner die Rolle des Staates den individuellen und korporativen Freiheiten gegenüber, seine Einstellung sogar zu der Freiheit der Handlung und des Denkens betreffend, all jene Probleme nämlich, welche sich uns aufdrängen, die die Gegenwart und die Zukunft beherrschen, nicht hundertmal, tausendmal dringender? [...] Besteht die moderne Politik nicht eben in dieser Erneuerung der politischen Faktoren? Besteht der moderne Friede nicht eben in diesem gemeinsamen Streben nach gemeinsamem Wohlstand? [...] Die Zeit ist der grösste Baumeister und von allen Staatsmännern der beste Realist. Wenn der Genfer Pakt, der Locarnopakt, der Pariser Pakt allmählich über den Kriegsgedanken siegen, werden Franzosen und Deutsche mit der Zeit einsehen lernen, dass der Inhalt der Politik, die über sie regiert, sich allmählich verändert hat. Sie werden einsehen, dass die wahre deutsch-französische Politik, sagen wir sogar die moderne Politik, überhaupt nicht mehr aus den alten Prestige- und Rivalitätsfragen besteht, die jahrhundertlang die bald scheuen, bald hochmütigen Gedanken der Kanzleien beschäftigt haben, sondern aus dem gemeinsamen Begriff der grossen sozialen, wirtschaftlichen, intellektuellen Probleme, die sich uns von allen Seiten aufdrängen, und von denen das Gleichgewicht der Welt und der Vorrang unserer Kultur abhängig ist.“

Soweit die Hauptthesen Graf d'Ormessons. Zuvor hatte er in seinem Beitrag in der Sache scharf, wenn auch im Ton ausgesprochen freundlich jede Art von deutschen Revisionsabsichten zurückgewiesen und jedwede Änderung der deutschen Ostgrenzen als vollkommen illusorisch und friedensgefährdend bezeichnet: „Nehmen wir einmal an, die Rheinprovinzen seien geräumt, nehmen wir ferner an, dass der ‚Young-Plan‘ reibungslos funktioniere, und dass die Saar-Frage ebenfalls erledigt sei. Dann sind die Spuren des Krieges entfernt, und Europa lebt nunmehr in Ruhe [...]. Nein, das wissen Sie doch. Und warum denn nicht? Weil Sie, die Deutschen, die Grenzlinien nicht gelten lassen, die der Friedensvertrag zwischen Polen und Deutschland gezogen hat, und weil Sie [...] immerhin fest entschlossen sind, Europa nicht in Ruhe zu lassen, solange der ‚Danziger Korridor‘ nicht von der politischen Karte gestrichen ist, und solange ‚Oberschlesien‘ nicht wieder in der deutschen Reichswirtschaft Platz genommen hat, weil Sie, die Deutschen, Österreich einverleiben wollen, und trotz der von Ihnen übernommenen Verpflichtung, sich dem vom Völkerbund [...] geschaffenen Verfahren zu fügen, noch immer entschlossen sind, Europa keine Ruhe zu gewähren, solange Österreich seine im Laufe der Jahrhunderte angebildete Eigenart nicht aufgeben hat, um im deutschen Reiche aufzugehen; weil Sie, die Deutschen, unbekümmert um die Frage, ob Deutschland manchmal [...] das Minoritätenproblem nicht mit einiger Überhebung be-

handelt hat, jetzt doch entschlossen sind, Europa mit dieser schwierigen, widerspruchsvollen, gefährlichen Frage unablässig zu beunruhigen [...]. So tritt uns das kommende Deutschland von morgen, [...] ein aufrichtig friedliebendes Deutschland, mit dem festen Entschluß entgegen, mehrere wesentliche Punkte des europäischen *Status quo* wieder in Frage zu stellen. [...] Und sie erstaunen, sie werden ungeduldig, ja unwillig, da sie in der Durchführung solcher Pläne auf einen Widerstand stoßen, [den] sie unumwunden als den ‚französischen Widerstand‘ bezeichnen. Und so kommt es, dass Frankreich, und Frankreich allein, in den Augen der deutschen Volksmassen als das Hindernis erscheint, das Deutschlands Emporkommen verhindert. Jede Idee einer endgültigen Befriedung setzt nämlich in Ihren Augen die Beseitigung des Versailler Vertrages voraus. Sie vertreten den Standpunkt, dass ein normaler Friede unter dem Regime des ‚Diktats‘ unmöglich sei. [...] Sie finden, die Versailler Friedensbedingungen seien sehr streng gewesen? Ja, der Krieg ist freilich ein hartes Ding: davon kann unser französischer Boden leider ein beredtes Zeugnis ablegen. Aber gestatten Sie mir eine Frage: [...] Hätten Sie wirklich nach einem solchen Krieg einen Frieden ohne Sieger geschlossen? [...] Prüfen Sie einmal Ihr innerstes Gewissen. [...] Der Versailler Vertrag ist nicht von uns allein, sondern von den Tatsachen selbst ‚diktirt‘ worden. [...] Aber wenn man den Standpunkt vertreten will, als wäre der Wiederaufstieg Deutschlands und die Konsolidierung des Friedens ohne Abschaffung des Friedensvertrages unmöglich, so ist es eine Behauptung, deren Unrichtigkeit schon durch die Tatsachen bewiesen ist und die europäische Atmosphäre vergiftet. [...] Heute aber, da Sie den Versailler Vertrag so heftig bekämpfen, setzen Sie uns in die moralische Notwendigkeit, den Vertrag zu verteidigen, wie wir es tun.“

Eine Revision der bestehenden deutsch-polnischen Grenze kam für den französischen Grafen allein deshalb nicht in Betracht, „weil Polen ein großes Land ist, dem man Lebensmöglichkeiten gewähren muß. Polen braucht ein Teil des nordschlesischen [sic!] Industriebezirks. [...] Jede radikale Lösung, die den Wünschen und der Bequemlichkeit Deutschlands entsprechen würde, ist undurchführbar. [...] Es ist also falsch zu behaupten, dass Frankreich einer neuen Einrichtung der deutsch-polnischen Grenzgebiete widerstehe, als ob es von ihm, und von ihm alleine abhängt, dass befriedigende Lösungen wie gewünscht aufkommen. Was einer Abänderung der territorialen Verhältnisse im Osten im Wege steht, das sind ja die Tatsachen, die Wirklichkeit, die Möglichkeit, die Bedürfnisse der einen und der anderen. Das ist es, was wir wissen und sagen, was Sie aber wissen und verschweigen.“ Der französische Redner schrieb seinen deutschen Gastgebern in diesem Zusammenhang ins Stammbuch, dass ihr „schlimmster Feind in jener politisch-metaphysischen Lehre“ bestünde, die „oberflächlich ‚Pangermanismus‘“ genannt werde und die sich sowohl in den „nationalen Idealen“ der Deutschen wiederfinde wie auch in der „sozialistischen Propaganda“. Eine „solche Doktrin“ sei jedenfalls „ohne

Schranken. [...] Im Namen des ‚grossen deutschen Volksstammes‘ könnten Sie auf die Hälfte Europas Anspruch erheben, wie wir ... auch im Namen des ‚grossen keltischen Volksstammes‘. Beide, Deutsche wie Franzosen, müssten sich „aber doch mit der Tatsache abfinden, dass wir, die einen wie die anderen, nur die Enkel Karls des Großen sind“. Nach einem knappen, geradezu hell-sichtigen Trost für die Deutschen bezüglich der verlorenen Kolonien⁴⁷, erinnerte Graf d’Ormesson beide Staaten schließlich an ihre gemeinsame europäische Verantwortung: „Übrigens muss man bemerken, dass der europäische Friede nicht bloß Frankreich und Deutschland angeht. Wir sind nicht allein in Europa. Zwar ist das Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern eine Hauptvoraussetzung der europäischen Stabilität. Aber weder Sie noch wir können nach Gutdünken über Europa walten und schalten. Es ist uns untersagt, [uns] *gegen* Europa zu verständigen, aber wir können uns nur *durch* Europa verständigen. [...] Die Lösung der Probleme, die den europäischen Frieden heute noch belasten, wird sich erst dann finden lassen, wenn man sie auf einen anderen Plan hinüberführt, wenn man sie ihres politischen Charakters entledigt, um sie auf ihre wirtschaftlichen, sozialen, geistigen Elemente zurück zu führen.“⁴⁸

In seiner Erwiderung auf das Referat des französischen Vorredners kam Carl Ulitzka ohne lange Umschweife schnell zur Sache.⁴⁹ Nach seinem Bekenntnis, dass Deutschland den absoluten Willen zum Frieden aufbringe, ja diesen Willen, zumindest im katholischen Bevölkerungsteil, als „religiöse Pflicht“ betrachte, und einer Würdigung des jüngst verstorbenen Gustav Stresemann bzw. der von diesem in Verbund mit Aristide Briand betriebenen Verständigungspolitik, beklagte der Zentrumspolitiker einen politischen Stillstand auf eben diesem Gebiet: „Der Geist von Locarno“, so Ulitzka lakonisch, sei in der letzten Zeit „müde geworden“. Die französische Haltung in der Saarfrage⁵⁰ sowie in

47 „Sie haben keine Kolonien ... Das scheint mir gar nicht zu bedauern und zu tadeln, sondern im Gegenteil erfreulich, und ich möchte Ihnen dazu gratulieren. Wahrscheinlich ist es die Lösungsformel der Zukunft.“

48 Sämtliche Zitate nach dem Vortragsmanuskript Graf d’Ormessons, in: ACDP 01-396-001/4.

49 Zum Wortlaut des Ulitzka-Referates siehe das Manuskript im Nachlass Broermann, ebd. Der Text in seiner französischen Übersetzung ist, wie die anderen Dokumente der Berliner Konferenz auch, abgedruckt in: L’Europe Nouvelle, Nr. 630, 8. März 1930.

50 „Die offiziellen Organe der französischen Regierung“, kritisierte Ulitzka die französische Politik hinsichtlich der Saarfrage im allgemeinen und die Haltung des neuen Kabinetts Tardieu im besonderen, „halten [...] daran fest, die Saarverhandlungen ohne jeden Zusammenhang mit dem Reparationsproblem und dem Programm der Gesamtliquidation des Krieges zu betrachten, sie als völlig freies Entgegenkommen Frankreichs hinzustellen, das entsprechende deutsche Gegenleistungen zur Voraussetzung habe [...] Um so nachdrücklicher weisen wir darum darauf hin, dass für uns – nicht juristisch aber tatsächlich – die Lösung der Saarfrage ein Teilproblem der Gesamtliquidation des Krieges und der Reparationsfrage ist [...]: Ob man nun eine saarländische Autonomie im Rahmen des Reiches

der Abrüstungsdebatte hätte diesen Eindruck hervorgerufen. Nun müsse sich zeigen, was alle Beteiligten „in concreto“ unter „Frieden“ verstünden: „Wir wollen den Frieden, d. h. wir sind überzeugt, dass wir mit allen Kräften einen neuen Krieg verhindern müssen. Doch, das ist ja nur ein Negatives. Wir wollen mehr, etwas Positives: Verständigung, friedliche, freundschaftliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit unserer beiden großen Völker.“ Frankreich indes interpretiere den Frieden als „Erhaltung des Status quo“, wie ihn der Vertrag von Versailles vorgegeben habe, mit der Garantie der westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands, der Eigenständigkeit Österreichs, der eingeschränkten Souveränität des Deutschen Reiches und der Aufrechterhaltung der militärischen und politischen Hegemonie Frankreichs in Europa. Das alles habe in Deutschland dazu beigetragen, „eine starke Neigung zum Misstrauen“ gegenüber Frankreich auszubilden. Angesichts einer solchen Politik erscheine den Deutschen Europa, so Ulitzka, „wie ein überheizter Kessel, dessen Explosion man befürchten muss und es ist, als ob man diese Explosion dadurch verhindern wolle, dass man den überheizten europäischen Kessel dauernd mit Drähten umspannt, anstatt die Ventile zu öffnen. Die Drähte sind die Nachkriegsverträge. Die Ventile wären eine Revision des Friedensvertrages.“

Eine friedliche Revision von Versailles, dieser Ausdruck des „Lebenswillens“ der deutschen Nation, müsse aber erfolgen unter der „Herrschaft des Rechts“. Indem Ulitzka im folgenden sehr idealistisch argumentiert, macht er zugleich die grundlegenden Unterschiede zu den eher pragmatisch angelegten Darlegungen Graf d'Ormessons deutlich: „Muss nicht also die Bildung eines gemeinsamen Rechtsbewusstseins Voraussetzung für eine wirkliche Verständigung und eine unserer vornehmsten Aufgaben sein, zur Schaffung und Anerkennung eines solchen Rechts zu führen? Wir verstehen unter Frieden den Zustand der Verwirklichung eines möglichst hohen Masses von Gerechtigkeit, Sie die Erhaltung der völkerrechtlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages.“ Eine „Vereinigung Europas“, so das Zwischenfazit Ulitzkas, „auf Grund des Status quo wäre [...] dem Versuch zu vergleichen, einen zertrümmerten Schädel dadurch zu heilen, dass man ihm einen Hut überstülpt.“

und im wirtschaftlichen Rahmen Frankreichs oder ein deutsch-französisches Kondominium für die Saargruben empfiehlt oder ob man vorschlägt, die Gruben zu europäisieren und das ‚Embryo‘ einer europäischen Regierung als kostbare Erfahrung beizubehalten. Auch wir wissen, dass sich wirtschaftlich seit 1914 sehr viel geändert hat, dass neue Wege in der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, und niemand in Deutschland denkt daran, das Saargebiet nach 1935 mit einer chinesischen Mauer gegenüber Frankreich abzuschließen. Aber Grundvoraussetzung für jede Regelung, die eine Verständigung nicht absolut unmöglich machen soll, muß die wirtschaftlich-politische Einbeziehung der Saar in das deutsche Reich sein.“

An dieser Stelle müsse man, so Ulitzka in seiner angestammten Rolle als „Anwalt“ der Ostprovinzen⁵¹, den vornehmlich nach Westen auf Rhein und Saar gerichteten Blick einmal von dort abwenden und nach Osten richten, hin zum deutsch-polnischen Verhältnis. Indem er ein Bekenntnis zur Existenzberechtigung des polnischen Staates folgen lässt, wie man es von einem deutschen Außenpolitiker dieser Zeit selten vernommen hat und welches nicht zuletzt auch getragen wurde von der Hoffnung auf die einigende Kraft der gemeinsamen katholischen Konfession und Tradition, die deutsche und polnische Katholiken miteinander verbinde, betonte Ulitzka: „Unsere Haltung gegenüber Polen wird zunächst geleitet von der Erkenntnis und Anerkennung der ersten grossen Grundrealität, der tatsächlichen und notwendigen Existenz des polnischen Staates. Wir sind weit davon entfernt, dem polnischen Volke die Verwirklichung seiner jahrhundertealten in Leiden vertieften nationalen Idee, den eigenen Staat, zu mißgönnen oder verargen zu wollen. Im Gegenteil. Gerade wir Katholiken wissen auch noch zu schätzen, wie in manchen unserer polnischen Glaubensbrüder die Überzeugung von der Aufgabe ihrer Nation als Schutzwall abendländischer oder noch enger gesagt, katholischer Natur lebt.“ Deutschland habe dementsprechend mit Polen in Locarno ein Schieds- und Vergleichsabkommen abgeschlossen und damit auf eine Revision der gemeinsamen Grenze mit kriegerischen Mitteln verzichtet. Aber ein solcher freiwilliger Verzicht auf die Anwendung von Gewalt könne nie zugleich auch den Verzicht auf die Einforderung historischer Rechte einschließen: „Darum ist uns aus nationalen Rücksichten wie unter dem Gesichtspunkt des historischen Rechtes ein Ostlocarno, d. h. eine Garantie der gegenwärtigen Ostgrenze, wie sie in Locarno bezüglich der Westgrenze getroffen wurde, unmöglich.“ Ihm als Oberschlesier, so die Bitte Ulitzkas, möge man gestatten, zu dieser Frage im Kontext der deutsch-polnisch-französischen Beziehungen Stellung zu nehmen. Man müsse, so der Redner mit autobiographischem Anklang, „die Vorgänge in der Zeit vor und nach der Abstimmung erlebt haben, um die Stimmung im deutschen Volke richtig und gerecht“ beurteilen zu können. „Nicht aus einem von Polen befürchteten ‚Drang nach Osten‘, nicht aus ‚Pangermanismus‘, sondern um in der Defensive den Lebenswillen des deutschen Ostens wachzuhalten“, argumentierte der Redner, müsse „Deutschland die friedliche Revision der Korridor Grenzen und der Grenzen in Oberschlesien nach seinem historischen Recht anstreben [...]“. Der Verweis darauf, dass Polen ohne das ober-schlesische Industriegebiet nicht lebensfähig sei, könne als Begründung für das Festhalten an der bestehenden Grenze nicht herangezogen werden, denn das hieße doch, „ein Volk zu einem Annex seiner Bodenschätze zu machen, ein Unterfangen, das sowohl jedem Selbstbestimmungsrecht des Volkes wie jeder christlichen Idee“ widerspreche.

51 Vgl. Hitze: Ulitzka, S. 834–867.

Unter Hinweis auf die in der Tat ziemlich rigide Minderheitenpolitik des polnischen Staates⁵² wäre nach Ansicht Ulitzkas allerdings auch eine Verschiebung der deutschen Revisionswünsche in die fernere Zukunft bei einem gleichzeitigen Abbau der europäischen Grenzen überhaupt kein gangbarer Weg. Dafür fehle aber Frankreich das notwendige Gespür: „Sie haben keine Minderheiten in fremden Staaten“, so Ulitzka an die Adresse seiner französischen Zuhörer, „und uns scheint, dass Ihnen daher auch das richtige Gefühl und die richtige Wertung dieses Problems mangle. Wir aber [...] sind uns darüber einig, dass in der Minderheitenfrage einer der gefährlichsten Brandherde für den Frieden Europas schwelt, dass gerade die Minderheitenfrage das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich immer wieder vergiften kann.“ Darum und für eine deutsch-polnische Annäherung generell sei eine direkte Einflussnahme Frankreichs auf seinen Warschauer Verbündeten im deutschen Sinne unerlässlich, womit Ulitzka unmissverständlich klarmachte, dass für ihn einer der Schlüssel für eine Verständigung mit Polen in Paris lag.

Der andere Schlüssel lag in Genf, beim Völkerbund⁵³. Auf der Berliner Tagung, also Ende des Jahres 1929, sah Ulitzka im Völkerbund den „ersten Ort“, an dem sich die deutsche Politik, „den Vertrag von Versailles zu erfüllen, und den Geist von Versailles zu überwinden“, bewähren könne. Im „Geist von Genf“ könnten „die Völker zu einem bewußten Gemeinschaftsleben und zu dem neuen System der Friedensorganisation, der Schiedsgerichtsbarkeit, der Sicherheitsverträge und der Abrüstung am ehesten geführt werden.“ Ein „neues Völkerbundsrecht“, ausgehend vom christlichen Naturrecht, solle den Völkerbund „immer mehr in aller Augen“ zu einem „Mittel zur Überwindung der Grenzen, zur Annäherung der Völker und zur Beratung von Angelegenheiten“ machen, „die jeden Erdenbürger“ angingen. „Die Idee des Völkerbundes“, und hier bringt der Redner seinen, wenn man so will *katholischen Idealismus* auf den Punkt, sei „im letzten Grunde eine christliche, der Widerschein eines eigentlich katholischen Gedankens. Darum sollten [die Katholiken] für den Ausbau und die Förderung des Völkerbundes eintreten, damit seine universale Bedeutung immer reiner hervortrete, damit von Genf aus immer mehr die Wege der wirtschaftlichen, geistigen und politischen Zusammenarbeit geebnet werden, auf denen die Völker sich begegnen und vereinigen“ könnten.

So tritt am Ende seiner Rede bei Ulitzka doch so etwas wie die Möglichkeit einer Annäherung der auf der Konferenz sichtbar gewordenen französischen und deutschen Standpunkte hervor. Bei allen Unterschieden in einzelnen Sachfragen und der Bewertung der Nachkriegsordnung von Versailles verschließt

52 Vgl. ausführlich hierzu ebd., S. 928–972 bzw. 980–989.

53 Zum Völkerbund grundlegend u. a. Franz Knipping (Hg.): Das System der Vereinten Nationen und seine Vorläufer. Bd. 2: Vorläufer der Vereinten Nationen. 19. Jahrhundert und Völkerbundszeit. Bern u. a. 1996.

sich auch Ulitzka nicht der Erkenntnis, welche Chancen für Frankreich, Deutschland, ja für ganz Europa in einer evolutionären, behutsamen und nicht ausschließlich auf das Instrument des Nationalstaates allein fixierten Entwicklung der Dinge lagen. Es klingt wie ein Vorgriff auf die politische Konzeption Konrad Adenauers – der auf der deutsch-französischen Katholikenkonferenz in Berlin nicht zugegen war –, mit deren Hilfe der erste deutsche Bundeskanzler nach dem Zweiten Weltkrieg die junge Bundesrepublik unter gänzlich anderen Bedingungen in Europa aus der Isolation in das westliche Bündnis hineinführen sollte, wenn Ulitzka im Dezember 1929 sagte: „Wer nach dem verheißungsvollen Ziel einer echten deutsch-französischen Verständigung streben will, der muß auch, so scheint es uns, eine Entwicklung fordern, die entweder zur vollen und restlosen Rückgewinnung deutscher nationalstaatlicher Souveränität oder zu tatsächlicher und nicht formaler Gegenseitigkeit bei teilweiser Aufgabe dieser Souveränität führt. Wir fügen hinzu, dass die ideale Lösung der französisch-deutschen Befriedung und Verständigung das Letztere wäre“. Noch deutlicher wird eine gewisse visionäre Kraft in den Ausführungen des oberschlesischen Prälaten, wenn er auf den Bereich der Wirtschaft zu sprechen kommt und die Idee einer Montanunion, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg von Robert Schuman propagiert werden sollte, vorwegzunehmen schien: „Eine der hauptsächlichen Stufen, über die wir zum Aufbau einer neuen europäischen Zukunft kommen, stellt die Wirtschaft dar. In der Wirtschaft hat der Gedanke eines verständigen Zusammengehens zwischen Deutschland und Frankreich bereits festeren Boden unter sich. Ganz natürlich, da Deutschland und Frankreich als führende Industriestaaten in ihren wirtschaftlichen wie finanziellen Geschicken weitgehend miteinander verbunden sind. [...] Besonders sollten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Saar und Frankreich die deutsch-französischen Beziehungen eher erleichtern als erschweren. Denn die saarländische Kohle und die lothringischen Erze stellen zwei gerade ideale Kompensationsobjekte dar, und auch auf anderen Gebieten ergänzen sich die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Saar und der französischen Nachbargebiete in so glücklicher Weise, dass durch die natürliche wirtschaftliche Zusammenarbeit die politische nur gefördert werden kann.“

Wichtiger allerdings, und hier kam Ulitzka noch einmal auf sein bereits 1926 in Wien dargelegtes Credo zu sprechen, als die wirtschaftliche sei „für die deutsch-französische Verständigung die geistige Zusammenarbeit, die Pflege des geistigen Kontaktes“, wobei klar auf der Hand liege, dass dies nicht ein Werk „von heute auf morgen, sondern Aufgabe einer ganzen Generation“ sei. Wenn aber „irgendwelche Deutsche und Franzosen in geistig-seelischer Struktur disponiert sein sollten für das Werk der Verständigung“ und bewahrt seien vor gegenseitiger Verhetzung, dann seien „es wir Katholiken, die wir durch den gemeinsamen Glauben und durch die in ihm gegebene Werthierarchie, durch die Grundsätze der Liebe auf dem Wege der Versöhnung und friedlichen Zusam-

menarbeit der Völker gedrängt werden.“ Friedensarbeit sei schwer. Sie setze „große sittliche Kräfte, einen starken Glauben, eine unerschütterliche innere Sicherheit voraus.“ Die Botschaft Gottes zu Weihnachten laute: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind.“ An den Katholiken sei es, so das Schlusswort Ulitzkas, „diesen guten Willen zu haben, so die Schwierigkeiten zu überwinden, die unserer Verständigung noch entgegenstehen.“

Beide in Berlin gehaltenen Hauptvorträge zeichneten sich durch ein hohes Maß an Verbindlichkeit und offener Aussprache der bestehenden Probleme in den deutsch-französischen Beziehungen aus; beide setzten aber auch auf das unbedingte Ziel der Verständigung. Beide Vorträge offenbarten dabei andererseits grundlegende Differenzen nicht nur in der Analyse der aktuellen Politik, sondern auch in der Bewertung der politisch-moralischen Voraussetzungen für eine umfassende europäische Zusammenarbeit und Befriedung: Der Vortrag Ulitzkas argumentierte sehr stark vom Standpunkt des deutschen Idealismus aus; für den deutschen Vertreter war ein neues, auf den Prinzipien des Naturrechts und der allgemeinen Gleichberechtigung errichtetes europäisches Vertragssystem, welches seine Krönung in einem reformierten Völkerbund finden sollte, die Voraussetzung für eine umfassende europäische Einigung. Die Revision von Versailles, dieses auf der Basis des „Siegerrechts“ entstandene „Diktat“, mithin also die friedliche Veränderung der europäischen Nachkriegsordnung, stand bei Ulitzka im Zentrum seiner Überlegungen. Ganz im Gegensatz dazu argumentierte der Franzose. In seiner Sicht der Dinge stand der deutsche Hang zum Idealismus, will heißen einer völkerrechtlichen Revision des Versailler Systems, gerade der europäischen Verständigung hindernd im Wege, weil genau das Europa den deutschen Vorstellungen zwangsweise hätte unterwerfen müssen und deshalb erst recht bei den deutschen Nachbarn Ablehnung und Misstrauen provozierte. Die Einigung des Kontinents betrachtete d'Ormesson wie auch Ulitzka als kommende Hauptaufgabe europäischer Politik, nur sah der französische Graf deren Erfüllung nicht im Abschluss immer neuer Verträge, sondern ganz einfach als Produkt einer sich rasant verändernden politischen Wirklichkeit. Wenn man so will, setzte der Deutsche seine Hoffnungen auf eine gewaltfreie politische Revolution im Sinne eines grundlegenden politischen Kurswechsels der europäischen Staatsführungen, während der Franzose den Wandel zum Besseren auf evolutionärem Weg anstrebte. Das klang wie gesagt moderner und pragmatischer, war aber auch ein wenig wohlfeil, entging d'Ormesson auf diese Weise doch der Verlegenheit, das Beharren Frankreichs auf dem Status quo auch als Ausdruck eines ganz profanen Interesses an der Sicherung der in Versailles errungenen eigenen Hegemonialposition auf dem Kontinent definieren zu müssen. Außerdem war Frankreich gebietsmäßig arrondiert, verfügte nach allen Richtungen über allgemein anerkannte und garantierte Grenzen und hatte in fremden Nationen keine eigenen nennenswerten ethnisch-nationalen Minderheiten.

Über alle diese gravierenden Unterschiede hätte man beinahe die vielen Gemeinsamkeiten zwischen beiden Rednern übersehen können: Den unbedingten Willen zu einer aktiven Friedens- und Verständigungspolitik bei gleichzeitiger Ächtung des Krieges als legitimem Mittel der Politik, die Beschreibung Europas als (christliche) Wertegemeinschaft, die Schlüsselrolle und Verantwortung Frankreichs und Deutschlands als Ankerkräfte einer künftigen europäischen Einigung, das über die nationalen Grenzen verbindende katholische Bekenntnis als Transmissionsriemen derselben, schließlich die ökonomische Zusammenarbeit wie auch der kulturelle Austausch zwischen den Völkern, insbesondere zwischen den jeweiligen Vertretern der jüngeren Generation, als Ausdruck einer veränderten Welt und schlichte politische Notwendigkeit gleichermaßen, aus der wiederum ungeachtet aller noch immer bestehenden schwerwiegenden Probleme und Streitfragen ein neues Europa geradezu zwangsläufig entstehen müsse⁵⁴.

Dass es mit der Verständigung zwischen deutschen und französischen Katholiken, trotz allen guten Willens auf beiden Seiten, allerdings noch immer nicht zum Besten stand, machte gerade die Rede Ulitzkas, genauer die Reaktion der französischen Delegation auf jene deutlich. Die französischen Vertreter kritisierten offen die Thematisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses, der deutschen Ostgrenze sowie des Oberschlesienproblems als nicht auf die Agenda einer Konferenz deutscher und französischer Katholiken gehörend, lehnten jede Diskussion über die genannten Punkte kategorisch ab und forderten, ganz im Gegensatz zu ihrer ansonsten eher pragmatischen Grundhaltung, die abstrakt und ziemlich realitätsfern erscheinende Festlegung der weiteren Gespräche auf die Erörterung im deutsch-französischen Verhältnis sichtbar werdender internationaler Probleme grundlegender Art bzw. der Aspekte einer „geistigen Abrüstung“.⁵⁵ Die deutsche Delegationsleitung musste sich dem

54 Zum letzten Punkt auch Bock: Weimarer Intellektuelle, S. 3: „Unter dem Eindruck der politisch-diplomatisch unlösbar erscheinenden Probleme der Versailler Nachkriegsordnung, und insbesondere auch während der Locarno-Ära von 1925 bis 1930 zeitweilig von der Hoffnung auf eine konstruktive Annäherung beider Nationen angeregt, entdeckten einige Intellektuelle in Ergänzung zu den Verhandlungen auf der diplomatischen Ebene die Gesellschaft beider Seiten als sinnvolle Vermittlungsinstanz. Die in den jeweiligen Gesellschaften verankerten Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen sollten als Fundament für die Vorbereitung und Festigung künftiger politischer Problemlösungen dienen, die deutsch-französische Gesellschaftsverflechtung wurde so Programm.“

55 Unmittelbar nach Beendigung der Rede Ulitzkas zog sich die französische Delegation zu einer eingehenden internen Beratung zurück, nach deren Abschluss den deutschen Gastgebern eine Art Protest-Entschließung folgenden Inhalts vorgetragen wurde: „1) Es gibt Probleme, die andere Völker als Frankreich und Deutschland betreffen und Schwierigkeiten machen, die man vor den Völkerbund bringen muss. Wir werden diese Probleme nicht untersuchen. 2) Es gibt Probleme, die nicht den Völkerbund allein interessieren, die aber vom Völkerbund schon vorher zur Lösung übergeben wurden. [...] Wir haben diese Probleme nicht zu diskutieren. 3) Es gibt Probleme, die spezifisch französisch-deutsch sind.“

französischen Protest beugen, wollte sie den Fortgang der Gespräche nicht ernsthaft gefährden, und sie tat dies in geradezu devoter Weise, ohne sich dabei jedoch von ihrem Hauptredner zu distanzieren.⁵⁶

Es fällt auf den ersten Blick etwas schwer, diese französische Verhaltensweise zu verstehen, zumal Graf d'Ormesson selbst den deutschen Wunsch nach einer Revision von Versailles und auch die Oberschlesienfrage⁵⁷ angesprochen hatte. Der Faktor Polen gehörte jedenfalls in dieser Zeit unmittelbar in den Kontext des deutsch-französischen Verhältnisses und war daher von Carl Ulitzka mit voller Berechtigung thematisiert worden. Doch genau mit dieser Haltung musste Ulitzka den französischen Protest herausfordern. Am Nachmittag des 20. Dezember 1929 hatte sich, wie berichtet, bereits früh gezeigt, dass auf der Berliner Katholikenkonferenz in Gestalt von Graf d'Ormesson und Carl Ulitzka französischer *Pragmatismus* und deutscher *Idealismus* aufeinanderprallten. Aber die Unterschiede reichten tiefer. Graf d'Ormessons Referat war in weiten Teilen ein Plädoyer gegen den klassischen Nationalstaat mit seiner merkantilistischen Wirtschaftsordnung gewesen, der französische Diplomat dachte bereits in klug formulierten supranationalen Kategorien, von denen er eine „Pax Europa“ erwartete, die wiederum die bestehenden nationalen Gegensätze und Spannungen auf dem Kontinent mit der Zeit auflösen sollte. Carl Ulitzka hingegen setzte vor eine „Pax Europa“ als Grundbedingung eine europäische Rechtsordnung, welche Deutschland die Rückkehr als gleichberechtigtes Glied in den Kreis der europäischen Großmächte ermöglichen sollte und daher eine Revision der als Unrecht empfundene

Diejenigen aber, die politischer Natur sind, gehören nicht in unsere Reichweite. Wir sind weder Bevollmächtigte noch Kommissare der Regierungen. 4) Zwei Gegenstände gehören in unseren Arbeitskreis: a) die internationalen Probleme geistiger, moralischer, intellektueller und sozialer Art. [...] b) die moralischen und technischen Mittel bereitzustellen, um die Anregung einer Abrüstung der Geister durchzuführen, beispielsweise gegenseitige Organisationen und gegenseitige Unterrichtung der Presse, Schüler-, Studenten- und Lehreraustausch.“ Meldung Nr. 715 der Telegraphen-Union, 27. Dezember 1929 „Zu der Aussprache deutscher und französischer Katholiken. – Um das deutsch-polnische Problem. (2 R)“, in: ACDP 06-051-A623 (Bestand Zentrum).

- 56 Der deutsche Delegationsleiter Joos entgegnete der französischen Seite: „1) dass die Tagesordnung der besprochenen Antworten über die Themen von beiden Abordnungen angenommen worden sei, 2) dass die Anwesenheit der Polen tatsächlich etwas ganz Natürliches sei, falls man sich über die Ostgrenzen unterhalten wolle, und dass man demnächst Besprechungen mit ihnen vorbereiten werde, 3) dass Pfarrer Ulitzka durch verschiedene Bemerkungen der französischen Berichterstatter veranlaßt worden sei, das Thema Ostgrenzen anzuschneiden, 4) dass die anwesenden Katholiken andere nützliche Fragen zu behandeln hätten, und dass die deutsche Abordnung einmütig die Entschliessungen der französischen Abordnung annähme.“ Text ebd.
- 57 Zu den Hintergründen und vielschichtigen Facetten sowie dem dramatischen Verlauf dieses großen internationalen Streitfalles in den Jahren 1919 bis 1922 ausführlich Hitze: Ulitzka, S. 165–490 sowie jüngst zusammenfassend Ders.: Das Komplott von Oberschlesien, in: FAZ, 21. Mai 2011.

nen deutschen Ostgrenze einschließen musste. Ein solcher Weg aber hätte die starke Stellung, die Frankreich nach Versailles zweifellos auf dem Kontinent innehatte, in Frage gestellt und Paris die Kontrolle über die weitere europäische Entwicklung streitig gemacht. Hinzu kam, dass Ulitzka als Oberschlesier nicht nur in den Dimensionen des Reiches dachte, sondern auch und gerade in landschaftlichen, in regionalen Bezügen. Für ihn bedeutete die Teilung Oberschlesiens eben nicht nur eine völkerrechtlich fragwürdige Schmälerung deutschen Territoriums, sondern vor allem einen willkürlichen Eingriff in einen lebendigen regionalen Organismus, kurz einen Verstoß gegen geschichtlich gewachsene Bindungen und Traditionen. Aus diesem Grund hatte die Wiederherstellung des „historischen Rechts“, ob an der Saar, im „Korridor“ oder eben in Oberschlesien, für ihn ebenso wie für die übrigen deutschen Vertreter auf der Konferenz oberste Priorität, ehe an eine wirkliche europäische Befriedung und Einigung zu denken war. Eine solche Vorstellung musste den französischen Gesprächspartnern jedoch vollkommen fremd sein, weil in ihrer Staatstradition Landschaften und Regionen keine Rolle spielten. Ganz ähnlich verhielt es sich mit dem Problem der nationalen und ethnischen Minderheiten, das in Frankreich ebenfalls kaum bekannt war.

Die französische Delegation sah sich durch die Ausführungen Ulitzkas demzufolge auf ein Terrain gelockt, auf dem sie sich unsicher fühlte und das geeignet war, die deutschen Revisionswünsche als plausibel, wenn nicht sogar gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die Sorge, argumentativ in die Defensive zu geraten und den Widerstand gegen eine Konzeption wenn nicht aufgeben, so doch verringern zu müssen, die die politische Hegemonie des eigenen Landes in Europa über kurz oder lang antasten musste, ließ die französischen Gäste die Diskussion an diesem sensiblen und zugleich spannenden Punkt abrupt beenden. Auch der von Graf d'Ormesson verkörperte französische Supranationalismus und Pragmatismus hatte seine Grenzen, die so ohne weiteres nicht überschritten werden konnten.

Das Echo, welches die Berliner Katholikenkonferenz nach ihrem Ende am 21. Dezember 1929, dem Vorabend der Volksabstimmung im Reich über die Annahme des Young-Planes⁵⁸, in Frankreich auslöste, war trotz oder gerade aufgrund der zwischenzeitlich aufgetretenen Irritationen beachtlich. Zunächst dominierte dabei in den Kommentaren und Berichten der Rechtspresse, aber auch der links orientierten Blätter, ja sogar in katholischen Zeitungen wie dem

58 Das von dem Rechtsparteien angestrebte Plebiszit scheiterte an diesem Sonntag geradezu kläglich: Lediglich 14 Prozent der wahlberechtigten Deutschen stimmten mit „Ja“, also für die Ablehnung des Vertragswerkes. Für einen Erfolg des Volksentscheides wären jedoch 50 Prozent Ja-Stimmen erforderlich gewesen; vgl. u. a. Hagen Schulze: Weimar. Deutschland 1917–1933. Berlin 1982, S. 311. Zu den Umständen der Annahme des Young-Planes und der vom Zentrum in Gestalt Carl Ulitzkas in diesem Zusammenhang eingenommenen Position im Reichstag siehe ausführlich Hitze: Ulitzka, S. 893–898.

„Echo de Paris“⁵⁹ oder dem „La Vie Catholique“⁶⁰, eine skeptische Beurteilung der Gespräche, die bis zu schärfster und polemischer Ablehnung reichte: „Selten hat eine Aussprache mit dem Ziel, den Unstimmigkeiten und Missverständnissen zwischen Deutschen und Franzosen ein Ende zu machen und bessere Beziehungen anzubahnen, eine so ungünstige, um nicht zu sagen feindliche Aufnahme gefunden, nicht bloß in den Kreisen der Rechten, sondern selbst in der Linkspresse als die Zusammenkunft deutscher und französischer Katholiken in Berlin“, berichtete die im „neutralen“ Saarland erscheinende „Saarbrücker Landeszeitung“⁶¹. Vor allem die französischen Nationalisten benutzten die Katholikentagung im allgemeinen, insbesondere aber das Referat Ulitzkas als Aufhänger, um mit dem „Versöhnungskurs“ Aristide Briands abzurechnen, womit sie den französischen Außenminister vor der Pariser Abgeordnetenkammer zu elegischen Rechtfertigungsversuchen der Berliner Zusammenkunft und seiner Politik der Verständigung zwangen.⁶² In auffallender Übereinstimmung

59 Nach Auskunft Erich Gerths, eines Mitarbeiters des deutschen Botschafters in Paris, Leopold von Hoesch, brachte die „recht deutschfeindliche Zeitung“ im Anschluss an die Konferenz „einige sehr feindselige Artikel gegen die Berliner Unterredungen“, woraufhin der Pariser Kardinal dem Blatt „diesen Ton ganz einfach untersagt“ und das „Echo“ seitdem „die unfreundlichen Äußerungen gegen die Konferenz eingestellt“ habe, „was viel heißen“ wolle. Gerth an Wilhelm Marx vom 25. Februar 1930, in: HASTK, Nachlass Marx, Nr. 117, Bl. 227ff., hier Bl. 227.

60 Vgl. den Artikel „Ce que nous avons été faire à Berlin“ von Francisque Gay in: *La Vie Catholique en France et à l'Étranger*, Nr. 274, 28. Dezember 1929. Zur Rede Ulitzkas heißt es hier u. a.: „Pour ma part, je n'aurais pas compris, surtout après les rapports français, que l'éminent prélat usât d'inutiles précautions pour nous présenter le bloc des revendications allemandes contre le traité de Versailles, notamment en ce qui concerne la frontière orientale. Ceux-là mêmes qui, dans notre presse nationaliste, ont paru les plus scandalisés, auraient été les premiers à dénoncer – comme ils disent – l'hypocrisie allemande si on s'était contenté de nous apporter quelques vagues protestations d'une bonne volonté mal définie. Il est bien évident, toutefois, qu'il ne pouvait être question d'engager une discussion sur les points précis abordés par le député de Ratibor.“

61 Zitiert nach „Deutsch-französische Verständigung“ in: *Saarbrücker Landeszeitung*, Nr. 352, 29. Dezember 1929.

62 Die *Schlesische Volkszeitung* (Nr. 604, 29. Dezember 1929) zitierte Briand mit den Worten, „wenn sich jetzt in Berlin konservative Elemente aus Deutschland und Frankreich versammelt hätten, so habe dies für den Frieden eine weit größere Bedeutung als die früheren Zusammenkünfte erklärter Pazifisten. [...] Wenn es heute möglich gewesen sei, dass sich so national bewusste und repräsentative Kreise Deutschlands und Frankreichs in Berlin trafen, um in einer entspannten Atmosphäre die Möglichkeiten eines Einandernäherkommens zu prüfen, so sei dies hauptsächlich der Erfolg seiner langjährigen und zielbewussten Außenpolitik.“ Das *Breslauer Blatt* würdigte ausgesprochen wohlwollend das Referat Graf d'Ormessons, das „wohl auf alle Teilnehmer den nachhaltigsten Eindruck“ gemacht habe, um dann anschließend in seiner Kommentierung der Berliner Tagung fortzufahren: „Es will uns scheinen, als ob nach den präzisen, wohlüberlegten Ausführungen der französischen Hauptredner die deutsche These allzu theoretisch behandelt und dann in die Defensive gedrängt wurde. Das Referat des Abg. Ulitzka, welcher auf d'Ormessons Darlegungen mit ebenso klaren wie sachlichen Feststellungen über den Osten erwiderte, konnte sich jedenfalls durch die Beschränkung, welche sich die Versammlung auf franzö-

reagierten die französische Rechtspresse und die öffentliche Meinung in Polen geradezu allergisch auf die Ausführungen Ulitzkas zur Revisionsproblematik im Osten.⁶³

Die eigentlichen Teilnehmer der Berliner Konferenz auf französischer Seite sahen die ganze Angelegenheit nach der Rückkehr in die Heimat dagegen wesentlich freundlicher und positiver.⁶⁴ Allmählich fand dann auch die Begeisterung, welche die französischen Delegationsmitglieder aus Berlin mit nach Hause gebracht hatten, ihren Niederschlag in der öffentlichen Meinung Frankreichs. Nun, Anfang 1930, wurden, zumindest unter den französischen Katholiken, die Möglichkeiten, welche die Berliner Konferenz für die deutsch-französischen Beziehungen eröffnet hatten, durchaus erkannt und gewürdigt. Zur gleichen Zeit, in der sich die offiziellen Beziehungen zwischen Berlin und Paris wieder zunehmend verdüsterten, gingen im Gegensatz dazu von der vorweihnachtlichen Tagung in Berlin helle Signale der Hoffnung und Zuversicht aus, welche in erster Linie von der katholischen Presse Frankreichs aufgefangen und reflektiert wurden.⁶⁵ In einer völligen Kehrtwendung gegenüber dem

sischen Wunsch hin in der Diskussion auferlegen musste, nicht in dem nötigen Maße auswirken. [...] Keiner der anwesenden Franzosen wird den Eindruck mitgenommen haben, dass in dieser Frage eine polenfeindliche Stimmung auf der deutschen Seite herrscht. Weder Ulitzka noch andere Teilnehmer sind ‚Polenfresser‘, wie Pertinar im ‚Echo de Paris‘ behauptete. [...] Die kritische Betrachtung einer solchen Tagung darf den positiven Gewinn nicht verdecken. Bislang war es kaum möglich, zwischen Deutschen und Franzosen politische Fragen überhaupt zu erörtern. Heute sucht man wenigstens schon, sich in den anderen hineinzudenken, seine politische Ideenwelt zu verstehen und ihm die eigene näherzubringen.“

63 Zitiert nach Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 17, 11. Januar 1930.

64 Vgl. den ausgesprochen wohlwollenden Bericht Pierre Delattre-Englins: La Conférence Franco-Allemande des catholiques à Berlin (20–21 décembre 1929), in: La Croix (L'Ouest-Eclair), 07. Januar 1930. Auch seitens der deutschen Teilnehmer war man mit dem Verlauf der Tagung insgesamt hoch zufrieden: „Die Berliner Aussprache“, schrieb Joseph Joos, „war reich an großen Augenblicken. Die Konferenz bestand jede Probe der Vertrauenswürdigkeit.“ Joos: Räderwerk, S. 129f.

65 Als Beispiel für diese Entwicklung führte der Pariser Botschaftsmitarbeiter Gerth in seinem Schreiben an Wilhelm Marx die katholische Zeitung „La Croix“, die immerhin eine tägliche Auflage von 500.000 Exemplaren habe, an: „Bis vor kurzem war die ‚Croix‘, wie überhaupt alles positiv katholische (!) hier, recht deutschfeindlich. Seit ihre beiden Chefredakteure [...] aus Berlin zurückkehrten [...], ist die Zeitung wie verwandelt. Jeden Tag fast, stehen Artikel darin, die geeignet sind, Missverständnisse über Deutschland zu zerstreuen und Sympathien für das kath. Deutschland zu wecken. [...] Um noch einmal auf die Berliner Besprechung zurückzukommen, so ist der Eindruck, den die französischen Teilnehmer davon nach Hause gebracht haben, sicher sehr viel grösser und vielleicht auch erfreulicher, als er bei den deutschen Teilnehmern gewesen zu sein scheint. [...] Es war, als ob sie aus Berlin eine ganz neue Luft der offenen, ehrlichen Herzlichkeit mit zurückgebracht hätten. [...] Die Franzosen sind denn auch mit der festen Absicht zurückgekommen, gegen falsche und entstellende Pressenachrichten mit aller Schärfe Krieg zu führen. Seit dieser Zeit verstummen nun die Zeitschriften und Zeitungen aller Schattierungen nicht mehr über den deutschen Katholizismus, das Zentrum, den neuen Bischof von Berlin, den

Verhalten der eigenen Abordnung auf der Berliner Tagung begrüßte die deutschsprachige „Neue Pariser Zeitung“ nun auf einmal die Ausführungen Carl Ulitzkas auf das wärmste und näherte sich überraschend bereitwillig den Positionen des Ratiborer Prälaten an: „Welches ist nun die hauptsächliche Argumentation der französischen Katholiken? Sie sagen: Deutschland fällt eine ausserordentlich wichtige Rolle in der Verteidigung der europäischen Kultur gegen die Barbarei des Ostens, den Bolschewismus, zu. Die beiden Völker, die rein geographisch am meisten vom Bolschewismus bedroht seien, Deutschland und Polen, müssten sich verständigen, und zwar unter Mitarbeit Frankreichs, wobei *alle* zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen gelöst werden müssten. Die französische öffentliche Meinung begrüßt es, dass der hervorragende Vertreter des oberschlesischen Zentrums, Prälat Ulitzka, auf der Berliner Konferenz auf die Ostfragen zu sprechen kam und sieht darin den Ausdruck der Auffassung, dass Deutschland die Regelung der Ostfragen unter französischer Mitarbeit durchführen wolle. [...] Wir haben immer und bei jeder Gelegenheit auf die Unvollständigkeit des Arrangements zwischen Frankreich und Deutschland hingewiesen, solange die deutsch-polnische Frage *ohne jede Aussicht auf eine beginnende Lösung* immer neue Spannungen schafft und die allgemeine europäische Atmosphäre trübt. Insofern bleibt die deutsch-polnische Frage das stärkste Hindernis der europäischen Einigung, als ohne ihre Lösung an eine Atmosphäre, die für die grossen europäischen Entscheidungen nach innen und nach aussen reif ist, gar nicht gedacht werden kann.“⁶⁶ Aber auch die saarländische Presse äusserte sich in weitgehender Übereinstimmung mit der „Croix“ oder der „Neuen Pariser Zeitung“ zu den Ergebnissen von Berlin.⁶⁷ Als schließlich kein Geringerer als Graf d’Ormesson im August 1930

neuen Staatssekretär und früheren Nuntius in Berlin, Kardinal Pacelli.“ Gerth an Marx, in: HASTK, Nachlass Marx, Nr. 117, Bl. 228f.

66 Neue Pariser Zeitung, Nr. 80, 4. Januar 1930.

67 „Weshalb“, fragte die Saarbrücker Landeszeitung (Nr. 352, 29. Dezember 1929) in ihrem Kommentar, „hat Prälat Ulitzka vor der französischen Delegation auf der Berliner Konferenz das Danziger-, Korridor- und Oberschlesische Problem zur Sprache gebracht? Doch wohl nur, weil er weiß, dass Polen unser (!) Verbündeter ist. Deshalb wird eines Tages durch die Zusammenarbeit Frankreichs wie Polens der zwischen Polen und Deutschland noch schwelende Konflikt aus der Welt geschafft werden müssen. Und für diese Lösung muß Frankreich sich einsetzen, nicht nur weil es [mit] Polen befreundet ist, sondern auch im eigenen Interesse: wegen der bolschewistischen Gefahr, von der es direkt selbst sich bedroht sieht. [...] In Europa aber kann keine Eintracht herrschen, solange infolge lodrender Rachsucht und dauernden Hasses die beiden Völker geschieden sind, die sein Rückgrat bilden: das deutsche und das französische Volk; ihre Zusammenarbeit ist die Grundbedingung, ist der Schlüssel zur Zusammenarbeit Europas. Solange es daran fehlt, wird Europa schwach bleiben gegenüber den beiden Mächten, gegen die wir uns wehren müssen: gegen Osten und gegen Westen.“ (Gemeint waren hier mit „Westen“ die USA). In ähnlicher Weise warnte wenig später auch die Neue Pariser Zeitung (Nr. 80, 4. Januar 1930) vor einem „Anwachsen der Vorherrschaft“ der USA in Europa: „Diese Macht äussert sich in einer wirtschaftlichen und finanziellen Kontrolle, im Übergreifen einer frem-

in einem Aufsatz erklärte, bei „dem gegenwärtigen Stand der Dinge von einem Ostlocarno zu sprechen, hieße gegen den Wind reden“⁶⁸, schien sich die Erwartung des katholischen Blattes „Der deutsche Weg“ zu bewahrheiten, der in der Berliner Katholikenkonferenz den Beginn einer neuen europäischen Ära zu erkennen meinte: „Es erhebt sich die Frage, ob nicht in ähnlicher Form über kurz oder lang eine besondere Fühlungnahme notwendig sein wird zwischen deutschen und polnischen oder deutschen und belgischen Katholiken. Wir sind in die Ära der ‚Liquidation des Krieges‘ eingetreten, d. h. der Wille ist aufgebrochen, auch Restbestände an Konfliktmöglichkeiten zu beseitigen. Von Versailles bis London war eine Etappe, von London bis Locarno eine zweite, eine dritte zieht von da über die Haager Konferenz ihre Linien bis in eine neue Ordnung Europas. Diese Epoche hat nun begonnen.“⁶⁹

Doch die optimistischen Erwartungen erwiesen sich rasch als trügerisch. Die politische Publizistik in Deutschland schwieg, soweit sie sich nicht dem Zentrum verbunden fühlte, die in Berlin sichtbar werdende katholische Verständigungsinitiative weitgehend tot. Es waren ja „nur“ Katholiken gewesen, die da in Berlin über Frankreich, Deutschland und Europa philosophiert hatten.⁷⁰ Immerhin äußerte sich Botschafter Leopold von Hoesch in Paris überaus positiv zu den bilateralen katholischen Annäherungsversuchen und maß ihnen „die allergrößte Bedeutung“ bei.⁷¹ Aber auch diese Zeichen der Anerkennung vermochten nichts an der prinzipiellen politischen Außenseiterfunktion des Katholizismus im damaligen Deutschland zu ändern, die trotz aller Regierungsbeteiligungen des Zentrums fortbestand. Jedenfalls wird an diesem Punkt eine eklatante Schwäche der europapolitischen Konzeption großer Teile des deutschen Katholizismus deutlich: die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit katholischer Ideen in den nach wie vor eher katholizismusskeptischen Gesellschaften vieler europäischer Länder. Die konfessionelle Selbstbeschränkung mochte zwar dazu beitragen, eine halbwegs geschlossene europapolitische Vi-

den Mentalität; beides ist eine Gefahr, obgleich die U.S.A. als prädestinierte Bundesgenossen Paneuropas gelten mussten. Solange aber Deutschland und Frankreich sich nicht restlos verständigen, wird der Riesenmacht Amerika immer ein uneiniges und schwaches Europa gegenüberstehen.“

68 Wladimir Comte d'Ormesson: *Le Problème de l'Est*, in: *Revue de Paris*, 1. August 1930.

69 *Der Deutsche Weg*, Nr. 15, 9. Januar 1930.

70 Joseph Joos erinnerte sich diesbezüglich in seinen Memoiren: „Den deutschen Delegierten war nicht entgangen, dass die öffentliche Meinung ihres Landes kaum Anteil an dieser Konferenz genommen hatte. Es war eben eine Konferenz ‚nur von Katholiken‘. [...] Das uninteressierte Schweigen der deutschen Presse konnte vielerlei bedeuten: Verlegenheit, Regung des antirömischen Affekts – ein rechtsradikales Blatt glaubte ernstlich vor der Gefahr einer in Bildung begriffenen ‚Katholisch-politischen Internationale‘ warnen zu müssen –, Angst vor der nationalistischen Hetze, auch grundsätzliche Ablehnung von Friedensbestrebungen in Kreisen der ‚Harzburger Front‘. Es enthielt, wie wir heute wissen, das eine und das andere.“ Joos: *Räderwerk*, S. 130f.

71 So Gerth an Marx vom 25. Februar 1930, in: *HASTK, Nachlass Marx*, Nr. 117, Bl. 229.

sion zu entwickeln und auch auf dem Feld einer praktischen Verständigung einige Erfolge zu erzielen, aber letztlich führte sie zu einer gewissen Selbstblockade, an der sie schließlich auch – zumindest vorerst – scheitern sollte.

Andererseits haben die deutschen Katholiken in Gestalt des Westfalen Heinrich Brüning, der an den Berliner Gesprächen beteiligt war, selbst kräftig dazu beigetragen, dass die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich seinerzeit über das Stadium hoffnungsvoller Ansätze nicht hinaus gelangt ist, ja sogar empfindlich zurückgeworfen wurde. Der politische Paradigmenwechsel in Deutschland, der sich unter Brünings Kanzlerschaft in dem System der Präsidialkabinette manifestierte, führte zu einer fast völligen Ausschaltung des Parlaments aus dem Bereich der Außenpolitik, die sich überdies zusehends vom Stresemannschen Konzept eines *Verständigungsrevisionismus* hin zu einem betont nationaleren *Verhandlungsrevisionismus* wandelte.⁷² Deutlich wird diese Wandlung nicht zuletzt in der Art und Weise, in der die Reichsregierung im Sommer 1930 den im Jahr zuvor entwickelten Paneuropa-Plan des französischen Außenministers Briand bzw. das dazugehörige Memorandum Briands vom Mai 1930 behandelte.⁷³

Europaplan und Memorandum Briands⁷⁴ stießen in Deutschland auf weitverbreitete Skepsis, da sie durch den von Paris propagierten europäischen Staatenbund „mit seiner Unterordnung der wirtschaftlichen unter die politischen Probleme auf eine Stabilisierung des Versailler Status quo“ hinausliefen und der „deutschen Evolutionspolitik ihr revisionistisches Standbein zu entziehen“ drohte⁷⁵. Ein solches Unternehmen aber war für das Auswärtige Amt, das Reichskabinett und eine breite Mehrheit in sämtlichen Parteien nicht akzeptabel. Die in diesem Punkt sehr einhellige Ablehnungsfront in Deutschland bröckelte jedoch sofort wieder, wenn sich die Präferenzen verschoben, das heißt wenn ökonomische Belange in einem künftigen Paneuropa eindeutig über die politischen dominieren würden. Eine solche Option favorisierte ein Teil der Referenten in der Wilhelmstraße gemeinsam mit ihrem Chef, Reichsaußenmi-

72 Zu diesem Begriffspaar vgl. Andreas Rödder: *Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1919–1931*. Paderborn u. a. 1996, S. 276. Der Autor stellt beiden Revisionsmodi als „unüberbrückbaren Gegensatz“ den „chauvinistischen Konfrontationsrevisionismus der extremen Rechten“ gegenüber.

73 Aus der Fülle der Literatur sei zu diesem Punkt hier nur auf den Aufsatz von Walter Lipgens: *Europäische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten*, in: *Historische Zeitschrift* 203 (1966), S. 46–89 und 316–363 hingewiesen. Zur Adaption der europapolitischen Initiativen Briands durch die Kabinette Müller und Brüning vgl. ferner Knipping: *Locarno-Ära*, S. 84–89 bzw. 155–161, und Rödder: *Stresemanns Erbe*, S. 113–119.

74 Zum Inhalt des letzteren vgl. Schulthess' *Europäischer Geschichtskalender 1914–1933*, (46) 1930, S. 460–468 und in der Zusammenfassung Knipping: *Locarno-Ära*, S. 156f. bzw. Lipgens: *Europäische Einigungsidee*, S. 317–319 sowie jüngst Fischer: *Europe between Democracy and Dictatorship*, S. 178f.

75 So Rödder: *Stresemanns Erbe*, S. 114.

nister Julius Curtius, aber auch das Wirtschafts- und das Finanzministerium sowie die Vertreter von SPD, Zentrum und DDP im Reichstag.⁷⁶ Bei einem radikalen „Nein“ blieben KPD, NSDAP und DNVP, deren Abgeordneter Axel von Freytagh-Loringhoven in der Reichstagsdebatte von Ende Juni 1930 Briand unterstellte, er wolle mit seiner Initiative Deutschland lediglich zu „freiwilliger Eingliederung in das Versailler System und zu freiwilliger Unterwerfung unter französische Vorherrschaft“ veranlassen.⁷⁷

Der kompromisslosen Verweigerung Freytagh-Loringhovens stellte Carl Ullitzka für das Zentrum eine wesentlich geschmeidigere Position gegenüber. Als außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion nutzte der Ratiborer Prälat die Gelegenheit, die von der Berliner Katholikenkonferenz ein halbes Jahr zuvor ausgegangenen europapolitischen Impulse aufzunehmen und zu konkretisieren. Dabei nahm er vor allem der Initiative Briands gegenüber eine Position ein, die konsequent auf der Linie seines Berliner Referates lag. Ullitzka nannte Briands Idee prinzipiell „sympathisch“ und „tatsächlich in ihrem Kern gut“, sodass man sie unmöglich, wie von den Rechtsparteien gefordert, in Bausch und Bogen verwerfen könne. Allerdings gebe es aus Sicht des Zentrums zwei Prämissen für eine Vertiefung der Europa-Pläne des französischen Außenministers: zum einen, genau umgekehrt wie im Memorandum Briands, die Herstellung eines Primats des wirtschaftlichen Moments über das politische Moment, und zum anderen die Garantie, „dass auch bei der Bildung eines solchen neuen europäischen Zusammenschlusses in keiner Weise die Möglichkeiten der Revision verbaut werden“ dürften⁷⁸. Schließlich liege für Deutschland „keine Möglichkeit und auch kein Grund vor, den bisherigen Kurs der Verständigung und der Herstellung und Festigung friedlicher Beziehungen zu den anderen Völkern aufzugeben“, um so mehr, als die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten solche Beziehungen geradezu erzwingen, da die

76 Vgl. ebd. S. 114f.

77 Zu dieser Debatte ausführlich Hitze: Ullitzka, S. 924–926.

78 In diesem Zusammenhang wies Ullitzka in scharfer Form und unter Anspielung auf die taktischen Vorteile, die sich Deutschland gerade in revisionspolitischer Hinsicht durch eine verstärkte Kooperation mit den Siegerstaaten des Weltkrieges eröffneten, die von Freytagh-Loringhoven vollzogene Teilung der europäischen Völker in „Revisionisten“ und „Antirevisionisten“ zurück. Bestärkt durch die jüngsten Stimmungsumschwünge zugunsten der deutschen Position in Teilen der französischen Öffentlichkeit infolge der Berliner Katholikenkonferenz beschied der Redner der Rechtsopposition: „Eine solche Organisation von Revisionisten müßte doch schließlich eine Kampforganisation sein, und da muß man sich doch fragen, was man hinter sich hat. Wenn wir eine Gruppe der Revisionisten unter den Staaten gründen würden, dann würden wir von vornherein besiegt sein; denn die numerische und politische Überlegenheit ist doch auf seiten der Staaten, die gegen eine Revision sind. Wir können uns nicht davon, dass wir uns gegen diese Siegerstaaten stellen, eine Revision versprechen, sondern nur davon, dass wir mit ihnen zusammenarbeiten und sie davon zu überzeugen suchen, dass das, was durch Versailles geschaffen ist, beseitigt werden muß.“

ökonomische Krise, in der sich Deutschland befinde, „nicht eine deutsche Krise allein, [...] auch nicht bloß eine europäische, sondern eine Weltkrise“ sei. Unter diesen Umständen könne man einen „engeren Zusammenschluß der Völker Europas zum Zwecke der Überwindung der wirtschaftlichen Not“ im Sinne der Initiative Briands doch nur „begrüßen“. Und was ansonsten die in Deutschland angestellten Spekulationen über die wahren Motive des französischen Außenministers anbelange⁷⁹, so riet Ulitzka zur Gelassenheit und verwies auf den Faktor Zeit: „Mag man nun die in dem Memorandum entwickelte Idee begrüßen und an ihre schließliche Verwirklichung glauben oder nicht“, stellte Ulitzka mit Blick auf die jungen Nationen Ostmitteleuropas und eine für den „friedlichen Zusammenschluß der Völker Europas“ unbedingt notwendige Überprüfung des Versailler Friedenssystems fest, „jedenfalls liegt die Verwirklichung des Projektes noch in sehr weiter Ferne. Der Verwirklichung stehen noch schwere Hindernisse entgegen, die vor allen Dingen in der inneren Einstellung der Völker liegen. Ein solches Paneuropa im Sinne Briands ist doch nur denkbar, wenn eine gewisse Abgeklärtheit in der Auffassung nationaler Fragen und in der ganzen nationalen Haltung vorhanden ist.“⁸⁰

Doch der von Ulitzka eingeforderten „Abgeklärtheit“ in nationalen Fragen sollte es in den kommenden Monaten gerade der eigenen Regierung mangeln. Ulitzkas Haltung, im Paneuropa-Plan Briands sowohl eine brauchbare Verhandlungsbasis als auch eine Chance für eine künftige europäische Verständigungspolitik und ökonomische Kooperation zu erblicken, war von naiver Euphorie sicher weit entfernt. Gleichzeitig stand sie aber in deutlichem Widerspruch zu der nur auf Abwehr der französischen Initiativen ausgerichteten Strategie des neuen Zentrumskanzlers Brüning. Sie lag vielmehr ganz auf der von Außenminister Curtius verfolgten Linie⁸¹, die von dem Versuch gekennzeichnet war, dem Memorandum Briands kein „Begräbnis erster Klasse“ zu bereiten, wie dies von Brüning angestrebt worden ist.⁸² Gescheitert ist der französische Außenminister mit seiner Europaidee allerdings nicht nur angesichts des „Wettersturzes“ in den deutsch-französischen Beziehungen während des Sommers 1930⁸³, sondern vor allem an dem demonstrativen Desinteresse der übrigen europäischen Staaten, insbesondere Großbritanniens. Gleichwohl bleibt der Umstand festzuhalten, dass Brüning Stück für Stück die mühsam aufgebauten besseren Beziehungen zu Paris ebenso ungestört wieder demon-

79 Franz Knipping: Locarno-Ära, S. 85, vermutete bei Briand in diesem Zusammenhang „Motivationen politischer, wirtschaftlicher und auch ideeller Natur, in dieser Reihenfolge“.

80 Alle Rede-Zitate bei Hitze: Ulitzka, S. 925f.

81 Vgl. Rödder: Stresemanns Erbe, S. 116–118.

82 Ebd. S. 119.

83 Vgl. das Kapitel „Der Wettersturz des Sommers 1930 (April–September 1930)“ bei Knipping: Locarno-Ära, S. 141–180.

tieren konnte wie er das Parlament zusehends aus der aktiven Gestaltung der Außenpolitik herausdrängte.⁸⁴

Die spätestens von 1926 an entwickelte und auf den deutsch-französischen Katholikenkonferenzen von Paris und Berlin fortgeschriebene neue „Europapolitik“ des deutschen politischen Katholizismus brach daher folgerichtig mit der offiziellen Zurückweisung des französischen Memorandums durch die Reichsregierung im Spätsommer 1930 ab. Ihre Höhepunkte hatte sie zweifelsohne in Wien und Berlin gehabt, wo die europa- und verständigungspolitischen Vorstellungen des deutschen Katholizismus der Zwischenkriegszeit so prägnant wie niemals zuvor formuliert worden waren. Dem katholischen Milieu in Deutschland aber mangelte es zum damaligen Zeitpunkt noch an einer substantiellen, das heißt wirklich dauerhaft tragfähigen Füllung der „Idee Europa“. Es blieb bei gutgemeinten und meist auch gut durchdachten Ansätzen, die aber nicht über die Schwachstellen der vorgestellten Konzepte hinwegzutäuschen vermochten: Die deutschen Katholiken waren und blieben zu sehr dem nationalstaatlichen Prinzip ihrer Zeit verhaftet, aber mindestens ebenso sehr auch dem konfessionellen. Ökumenische Ansätze einer europäischen Verständigung sucht man bei ihnen jedenfalls vergeblich. Immerhin lässt sich konstatieren, dass in einem Europa, das nach einem kurzen, allgemeinen Zwischenhoch im Begriff war, politisch, wirtschaftlich und sozial erneut in eine schwere Krise zu steuern, auch solche Positionen wie die in Wien, Paris und Berlin vertretenen erst einmal entwickelt und über einen längeren Zeitraum durchgehalten werden mussten.

Andererseits war es schließlich auch mehr als nur ein Zufall, dass nach der Hitlerbarbarei und den Schrecken des Zweiten Weltkrieges sich zumindest im Westen des Kontinents ein neues Europa abzuzeichnen begann mit Montanunion und einer vertieften Integration bei gleichzeitiger Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte sowie einem massiven Antikommunismus⁸⁵; ein neues Europa, dessen entscheidende Protagonisten, Robert Schuman und Konrad Adenauer, tiefgläubige Katholiken waren. Es scheint, dass sie nach 1945 auf einer Basis weiterarbeiten konnten, deren Fundamente in der Zwischenkriegszeit von katholischen Politikern und Intellektuellen wie Joseph Joos, Hermann Platz, Pierre Delattre-Engnin, Wladimir Graf d’Ormesson und Carl Ulitzka gelegt

84 Zum „neuen Stil“ der deutschen Außenpolitik unter Heinrich Brüning vgl. auch – allerdings weit weniger kritisch als Rödder oder Knipping – Herbert Hömig: Brüning, Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie. Paderborn u. a. 2000, S. 284–290, zum Pan-Europa-Plan Briands und seiner Behandlung durch Brüning Ebd. S. 287–290. Eine detaillierte Analyse der von den Präsidialkabinetten Brüning, Papen, Schleicher betriebenen „neuen“ Außenpolitik findet sich darüber hinaus u. a. bei Hermann Graml: Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher. München 1981.

85 Zu letztgenanntem Aspekt vgl. auch Conze: Das Europa der Deutschen, S. 135–137.

worden sind. Umso erstaunlicher, dass gerade die Berliner Katholikenkonferenz von Dezember 1929 bisher von der historischen Forschung überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden ist, obwohl die Quellenlage in Gestalt der Nachlässe Johannes Broermann und Wilhelm Marx, den Erinnerungen von Joseph Joos sowie der zeitgenössischen Berichterstattung in der katholischen Presse Deutschlands und Frankreichs keineswegs ungünstig ist und sich in dieser Besprechung, die im Kontext eines entscheidenden Wendepunktes der europäischen Zwischenkriegszeit stattfand, nahezu sämtliche Schwierigkeiten und Probleme, Widersprüche und Illusionen, aber auch Hoffnungen und ausbaufähige Zukunftskonzepte fokussieren, die für das deutsch-französische Verhältnis im Zeitraum zwischen Locarno und Montanunion so prägend gewesen sind.